



Nr. 66 – Juni 2006

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit der letzten Ausgabe der *pazifik aktuell* im August 2005 hat sich in der Pazifik-Region viel ereignet. Durch die personellen Veränderungen in der Pazifik-Informationsstelle und die längere Vakanz der Stelle konnte bis heute keine neue Ausgabe erstellt werden. In dieser *pazifik aktuell* soll daher ein Überblick über die wichtigsten Vorkommnisse in der Region in diesem Jahr gegeben werden, wobei auch hier nur ein kleiner Ausschnitt geboten werden kann.

Leider sind die Nachrichten vielfach durch Unruhen und politische Instabilitäten geprägt wie beispielsweise in Osttimor, den Salomon-Inseln und Fidschi, weshalb der melanesische und indonesische Teil der Zeitschrift relativ umfangreich ausfällt. Hinzu kommen die schweren Erdbeben in Indonesien und Polynesien sowie der gravierende Anstieg an HIV-Infektionen in Papua-Neuguinea.

In der Hoffnung, in der nächsten Ausgabe (September) positivere Nachrichten verkünden zu können wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre!

Katja Göbel, Redakteurin

PAPUA-NEUGUINEA

Keuchhustenerpidemie in der East Sepik Provinz

Die Keuchhustenerpidemie in Papua-Neuguineas Provinz „Ost Sepik“ weitet sich immer mehr aus und wird von der Gesundheitsbehörde als eine der bislang größten Herausforderungen an das Gesundheitssystem betrachtet. Seit März haben sich mehr als 5.000 teilweise sehr kleine Kinder mit der Krankheit angesteckt. Die Epidemie hat bis Mitte Juni bereits 60 Todesopfer gefordert, wobei vermutlich noch mehr zu beklagen sein werden, da auch von Fällen in anderen Teilen des Landes wie dem oberen Sepik und den mittleren Ramu Gebieten der Madang Provinz berichtet wird. Besonders problematisch ist die medizinische Versorgung der Kranken, da viele der betroffenen Gebiete vom medizinischen Personal nur schwer erreicht werden können. Dem dafür zur Verfügung gestellten Helikopter wurde zudem die Flugerlaubnis entzogen, da Rechnungen nicht bezahlt wurden. Die Mittel seien anderweitig ausgegeben worden, beklagt Bill Humprey, der Leiter des „Save the Children Fund“, sodass keine Gelder für den Notfall zurückgelegt wurden. So müssen die Medikamente und Impfstoffe auf dem Fußweg in die ländlichen Gebiete gebracht werden. Viele der Erkrankten haben

sich trotz Impfung mit Keuchhusten infiziert. Das könne nur darauf zurückgeführt werden, dass die Impfstoffe nach einem langen Fußmarsch ohne ausreichende Kühlung nicht mehr zu gebrauchen sind. Ohne die nötigen Transportmittel wird sich die Epidemie nicht eindämmen lassen. Knapp \$US 19.000 wurden nun von der neuseeländischen Regierung mittels des „Save the Children Fund“ bereitgestellt, um Personal und Medikamente in die betroffenen Regionen zu transportieren.

Keuchhusten (*Pertussis*) ist eine durch das Bakterium *Bordetella pertussis* ausgelöste hochansteckende Infektionskrankheit der Atemwege. Gerade für Kleinkinder und Säuglinge ist die Krankheit lebensbedrohlich. Der Husten zieht sich mehrere Wochen hin und kann mit einer Lungenentzündung, Mittelohrentzündung oder auch einer Gehirnhautentzündung einhergehen. Dies kann zu bleibenden neurologischen Schäden führen. Mit der vermeintlichen „Kinderkrankheit“ können sich auch Erwachsene anstecken. Weltweit sind mehr als die Hälfte aller Ersterkrankten Erwachsene. (*Radio Australia – Pacific Beat 09.06.06, Post-Courier 09.-11.06.06, 13.06.06, National 07.06.06, 12.06.06*)

Entrüstung über Einstufung der UN

Papua-Neuguineas Premierminister Sir Michael Somare erklärte sich höchst unzufrieden mit der Empfehlung der Ver-



einten Nationen („United Nations Committee for Development Policy“), sein Land im Index der Vereinten Nationen herabzustufen. Der bisherige Status eines Entwicklungslandes („developing country“) soll auf den eines „least developed country“ (LDC) heruntergesetzt werden. Grund dafür sei das stagnierende Prokopfeinkommen, so PNG's Finanzminister Bart Philemon. Papua-Neuguineas Prokopfeinkommen beträgt momentan \$US560 (PGK 1.700). Zur Zeit der Unabhängigkeit 1975 war es mit \$US510 (PGK 1.600) ähnlich gering. Unter einem Prokopfeinkommen von \$US750 gilt ein Land als „low income country“, was eines der Kriterien der UN darstellt, ein Land als „least developed country“ einzustufen. In den nächsten Jahren müsse PNG hart arbeiten, um einen ökonomischen Aufschwung zu erleben. Besonders wichtige sei dabei die Kontrolle der Staatsausgaben, so Philemon weiter. Gerade in Anbetracht neuer Wahlen müssen die Politiker das Wohl des Landes im Auge behalten und weniger ihre eigenen Wahlinteressen. Nur eine langfristig stabile Regierung könne das Land wieder aus diesem Status herausbringen. (*Post-Courier* 15.05.06, *Radio Australia – Pacific Beat* 15.05.06, 16.05.06)

Deutschland offen für Handel mit PNG

Bei einem Besuch von fünf Journalisten aus der Pazifik-Region in Deutschland letzten Monat erklärte Hans Werner Dickmann von der Hamburger Handelskammer, dass es eine große Bereitschaft gäbe, mit den Pazifik-Staaten und insbesondere Papua-Neuguinea Handel zu treiben. Leider gäbe es hierzulande zu wenig Informationen über die Handelslage in der Region und die Möglichen Güter für den Export und

Import. Er bat die Journalisten, mehr Informationen über diese Themen zur Verfügung zu stellen, damit geeignete Handelswege gesucht werden könnten. Der deutsche Honorarkonsul für PNG, Horst Joachim Hörtelmann, ergänzte, dass es auch an einer geeigneten Infrastruktur fehle.

Momentan betreiben 70 Unternehmen in Papua-Neuguinea Handel mit Deutschland (z.B. Kupfer, Gold, Kaffee, Tee etc.). Im Bereich der Meeresfrüchte und Kokoswaren ist Samoa mit 23 Unternehmen mit Deutschland verbunden und im Textilien-, Zucker- und Tourismusgeschäft betätigen sich 20 tonganische und 48 fidschianische Unternehmen. Waren im Wert von etwa 90 Millionen Euro werden jährlich von Papua-Neuguinea nach Deutschland importiert, wohingegen sich der Export auf ca. acht Millionen beläuft. Kürbiskerne für den pharmazeutischen Gebrauch, sowie Honig und eine Auswahl an Bier seien Güter, die in Deutschland benötigt würden, so Dickmann. (*National* 06.06.06)

Untersuchungsausschuss für Tote der Porgera Mine

Premierminister Sir Michael Somare erklärte die Gründung eines Ausschusses zur Untersuchung der Todesfälle im Bereich der Porgera Mine in der Enga Provinz. Beschlossen wurde die Gründung im letzten Dezember durch den Nationalen Exekutivrat. Mit der Bekanntgabe können nun die Untersuchungen über die Hintergründe der Todesfälle beginnen. In den letzten zehn Jahren wurden mehr als 14 Menschen bei Zusammenstößen zwischen Landbesitzern und Sicherheitsleuten der Porgera Mine getötet und viele verletzt. Die Vereinigung der Porgera Landbesitzer, „Akali

Tange Association“, zeigte sich erfreut über die Bekanntgabe, auch wenn sich diese sehr lange hinzog. Die Vereinigung versicherte dem Ausschuss ihre volle Kooperationsbereitschaft. (*National* 06.06.06, *Post-Courier* 14.06.06)

Alkoholverbot in Goroka

Aufgrund mehrerer Gesetzeswidrigkeiten in der letzten Zeit verhängte die Provinzregierung in der einst ruhigen Provinzhauptstadt Goroka ein dreimonatiges Alkoholverbot. Der Exekutivrat der Eastern Highlands Provinz beschloss in der letzten Woche, dass Alkohol nur noch an drei Tagen in der Woche – Montag bis Mittwoch – zwischen 9 Uhr morgens und 18 Uhr abends verkauft werden dürfe. Grund für das Vorgehen waren Beschwerden vieler Bürger der Stadt, die den gesteigerten Alkoholkonsum auf den Straßen und damit verbundene Gesetzesüberschreitungen beklagten. Zudem dürfen Klubs die ganze Nacht geöffnet sein, was den Konsum zusätzlich steigert. Als Folge könnten nun viele Getränkeläden geschlossen werden, da in den vergangenen Monaten die Zahl der vergebenen Lizenzen für den Alkoholausschank stark angestiegen ist. Gouverneur Malcom Smith stellte finanzielle Mittel bereit, damit eine 30 Mann starke Polizeitruppe die Einhaltung des Verbots überwachen und gegebenenfalls gegen illegale Verkäufe vorgehen kann. (*Post-Courier* 20.06.06)

BOUGAINVILLE

Spannungen in Bougainville

In den letzten beiden Monaten wurde es erstmals nach den Wahlen im letzten Jahr wieder unruhiger in Bougainville. Unbekannte zündeten Mitte Mai

im Süden Bougainvilles, eine Polizeistation in Siwai an, feuerten auf Polizisten in Buin, plünderten ein Verwaltungsbüro und entführten eine Verwaltungsbeamtin. Unklar ist, ob die Gewalt von Anhängern des selbsternannten „Königs von Papala“ und Betreibers des gescheiterten Geld-Pyramiden-Schemas (U-Vistract), Noah Musingku, oder von *Me'ekamui* Kämpfern (ehemalige Freiheitskämpfer) ausging. Die Polizei geht davon aus, dass zwei von fünf ehemaligen fidschianischen Soldaten, die von Musingkus zum Training seiner Privatarmee ins Land geholt wurden, an den Gewalttätigkeiten beteiligt waren. Der Führer der *Me'ekamui*, Raymond Hakena, indes bekräftigte, dass sie nicht mit Musingkus Männern zusammenarbeiten würden und die Aktivitäten allein deren Werk seien. Das Polizeihauptquartier in Port Moresby sowie die Autonome Regierung von Bougainville entschied sich daraufhin, die Polizei in Bougainville besser auszurüsten. 30 ehemalige Kämpfer wurden ernannt, um im Zweifelsfall gegen die Unruhestifter vorzugehen. Die Angst in Bougainville ist groß, dass es in der autonomen Provinz erneut zu Unruhen kommt. Stimmen aus allen Bereichen der Gesellschaft fordern daher Regierung und Unruhestiftern zum Dialog auf.

Es wird vermutet, dass Musingku sich momentan versteckt hält. Langsam macht sich unter seinen Anhängern Unwillen breit, da sie von Musingku nicht die erwarteten „Dividenden“ ihres einbezahlten Geldes erhalten. Auch seine fidschianischen Söldner erhielten offenbar noch nicht die versprochenen \$US 1 Millionen, da sie Bougainville nun verlassen möchten. Diese Fidschianer wurden von der Autonomen Regierung Bougainvilles bereits mehrmals dazu aufgefordert, das Land zu verlassen, was sie aber unterließen. Nun, so Präsident Ka-

bui, überließe er es der Polizei, was sie mit den Fidschianern mache und ob sie ihnen Amnesty gewähre, falls sie sich stellen würden. Dies sei jedoch noch nicht geschehen.

(www.rnzi.com 15.05.06, 18.05.06, *National* 15.05.06, *Radio Australia – Pacific Beat* 17.05.06, www.abc.net.au 18.05.06, www.fijilive.com 14.06.06)

Panguna Mine soll geschlossen bleiben

Aufgrund des weltweit gewaltigen Anstiegs der Mineralpreise äußerten die Europäischen Aktionäre der Bougainville Copper Mine den Wunsch, die Panguna Mine wieder zu öffnen. Die Mine wurde 1998 geschlossen, nachdem jahrelang Bürgerkrieg im Land herrschte, bei dem mehr als 20.000 Menschen ums Leben kamen. Die Bewohner von Moroni, die im Herzen der Panguna Mine lebten wurden 1972 umgesiedelt und in den Folgejahren die Umwelt des Gebiets zerstört. Langsam beginnt sich nun die Natur etwas zu erholen, doch in den Flüssen gibt es noch immer keine Fische. Die Menschen in der Region können sich nur mühsam von den spärlichen Früchte ihrer neu angelegten Gärten ernähren. Die Dorfleute beklagen, dass die Mine jährlich mehr als 100 Millionen Euro erwirtschaftet habe, sie aber in keiner Weise davon profitiert hätten und sprechen sich rigoros gegen die Wiedereröffnung der Mine aus. Auch General Uma der *Me'ekamui* Streitkräfte warnte vor einer Wiederaufnahme der Arbeiten in der Mine, da sonst erneut ein Bürgerkrieg ausbrechen würde. Erst wenn Bougainville von Papua-Neuguinea unabhängig sei, so Uma weiter, könne man über die Wiedereröffnung reden. Der Regierung Papua-Neuguineas, die noch immer die Befugnisse über die Mine hat, liegt nichts an der Wiedereröffnung, da die Möglichkeit eines erneuten Ausbruchs der Gewalt besteht.

Kritik hatte das Verhalten des Präsidenten der Autonomen Regierung Bougainvilles, Joseph Kabui, hervorgerufen, der sich während einer Kanadareise mit Vertretern der Minengesellschaft „Invincible Resources Company“ traf. Die Gesellschaft baut unter Missachtung der Wünsche der Regierung in Port Moresby eine Kupfer Raffinerie in der Provinzhauptstadt Arawa. Das Vorhaben wird jedoch von der Autonomen Regierung Bougainvilles unterstützt. Laut der „Australian Associated Press“ sollen der Provinzregierung mehr als 5 Millionen Euro angeboten worden sein, um sich einen Anteil an zukünftigen Minenaktivitäten zu sichern. Im Rahmen der Feiern des einjährigen Bestehens der autonomen Provinz bat die Provinzregierung Papua-Neuguinea um mehr Mitbestimmung u.a. in Sachen Bergbau, Öl und Gas. (AAP 14.06.06, *Radio Australia – Pacific Beat* 18.05.06, 15.06.06, 22.06.06, *Post-Courier* 13. und 14. 06.06)

Überschwemmungen sorgen für Lebensmittelknappheit

Aufgrund großer Sturmwellen und Überschwemmungen erlitten weite Teile der Atolle Bougainvilles eine Lebensmittelknappheit. Besonders die nordöstlich von Bougainville Island gelegenen Atolle Nuguria, Mortlock, Tasman und Carterets waren betroffen, wo mehr als 4.100 Bewohner ohne ausreichend Nahrung waren. Nuguria und Carterets standen bis zu dreiviertel unter Wasser, wobei das Meer teilweise bis zu 300 Meter ins Land flutete. Taro-Gärten wurden überspült und mit Salzwasser verunreinigt, sowie ganze Häuser durch den Sturm davon geweht. Taehu Pais, Bougainvilles Minister für Atolle und Fischerei, erklärte, dass die Menschen sich momentan von getrockneten Kokosnüssen und Fisch ernäh-

ren müssten, da 1.000 Ballen Reis, die von der Verwaltung zur Verfügung gestellt worden waren, bereits nach wenigen Wochen aufgebraucht waren. Viele Atollbewohner haben nun den Wunsch geäußert, auf die Hauptinsel Bougainville umzusiedeln, wo ihnen Land in Manetai (Zentral Bougainville) zur Verfügung gestellt wurde. (*Marianas Variety* 09.03.06, www.rnzi.com 27.04.06, *Post-Courier* 04.05.06)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Unterstützung für kirchliche Einrichtungen

Sozialministerin Carol Kidu betonte die herausragende Rolle der Kirchen bei der Entwicklung des Landes. Etwa die Hälfte des Gesundheitswesens und der Bildungseinrichtungen befinden sich in kirchlicher Trägerschaft. Der Staat werde alles ihm mögliche tun, um die Kirchen bei ihrer Arbeit in diesen Bereichen zu unterstützen, sagte sie in einer Rede vor dem Parlament. (*National* 03.05.06)

Kampf gegen HIV/AIDS

Kirchliche und staatliche Stellen müssten beim Kampf gegen HIV/AIDS sehr eng zusammenarbeiten, betonte der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Dr. Banare Bun. Die Kirchen sollten sich noch stärker in diesem Kampf engagieren forderte er, da sie einen sehr hohen Grad an Vertrauen bei den Menschen genießen und 70-80% der Bevölkerung erreichen. (*Post-Courier* 02.06.06)

SIL feiert 50 Jahre

Das Summer Institute of Linguistics (SIL) feiert seinen 50. Geburtstag in PNG. SIL ist eine internationale überkonfessionelle Organisation, die sich insbesondere der Übersetzung der Bibel in die verschiedenen Stammessprachen PNG's verschrieben hat. Darüber hinaus zählen die Erforschung und Verschriftlichung dieser Sprachen zu den wichtigsten Aufgaben von SIL. (*Post-Courier* 07.06.06)

Staatliche Unterstützung für MAF

Die Regierung der Western Province unterstützt die Arbeit der Missions-Fluggesellschaft MAF mit insgesamt 500.000 Kina (ca. 135.000 Euro). MAF ist die einzige Fluggesellschaft, die noch regelmäßig die äußerst abgelegenen Landepisten in der Western Province anfliegt und die Menschen mit dem Nötigsten versorgt und eine Verbindung zur Außenwelt aufrechterhält. Mit Hilfe dieser Subvention kann MAF die Flugpreise für die Menschen der Provinz um 30% senken. (*National* 26.04.06)

Protest gegen „Da Vinci Code“

Eine Bürgerbewegung in Lae hat die Regierung aufgefordert, den „Da Vinci Code“ nicht zum Verkauf und zur Vorführung zuzulassen. Der Film stelle die Wahrheit über Jesus Christus in Frage und verbreite Halbwahrheiten und Lügen über ihn. „Dieses Land ist ein christliches Land. Deshalb haben wir die Aufgabe, den christlichen Glauben zu verkündigen und zu schützen“, sagte Jonathan Saing, der Vorsitzende der Protestbewegung. „Die Menschen dürfen nicht durch eine geldgierige Filmindustrie in Hollywood in ihrem Glauben an

Jesus Christus verunsichert und manipuliert werden“. (*Post-Courier* 30.05.06)

AUS DER ELC-PNG

Bischof will gottesfürchtige Regierungsmitglieder

Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea, Dr. Wesley Kigasung, hat die Menschen dazu aufgerufen, bei anstehenden Wahlen gottesfürchtige Führer zu wählen. Bei einer Veranstaltung der People's Progress Party in Lae betonte er, dass er immer wieder gemeinsam mit Premierminister Sir Michael Somare und mit Finanzminister Bart Philemon um Frieden und eine gute Regierung für das Land bete. (*National* 01.05.06)

Papiere für Lutherische Universität unterschrieben

Anfang April wurde von der ELC-PNG, der Gutnius Lutheran Church und der Murdoch University (West-Australien) eine Vereinbarung zur Gründung der „Asia-Pacific Lutheran University“ in Lae unterzeichnet. Falls die Regierung zustimmt, sollen die ersten Studenten bereits nächstes Jahr auf dem Gelände des bisherigen Balop Teachers College und des Martin Luther Seminars eingeschrieben werden.

Bischof David Piso von der Gutnius Lutheran Church betonte in seiner Ansprache, dass die Lutheran Church Missouri Synod sowohl personelle als auch logistische Hilfe versprochen habe. Der stellvertretende Kanzler der Murdoch University, Prof. Garry Martin lobte die Unterzeichnung als einen Meilenstein für die Gründung einer der besten akademischen Ausbildungsstätten im asiatisch-

pazifischen Raum. (National 03.04.06)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Aus der Röm.-Kath. Kirche

Neue Kirche in Boroko

Hunderte von Katholiken feierten die Eröffnung und Einweihung der neu erbauten St. Josephs Kirche in Boroko. 16 Monate haben die Bauarbeiten gedauert und 1,5 Mio. Kina (ca. 400.000 Euro) verschlungen. Der größte Teil davon wurde durch Kollekten und Spendenaufrufe abgedeckt. Bei den Feierlichkeiten waren auch Premierminister Sir Michael Somare und Erzbischof Sir Brian Barnes zugegen. (National 29.05.06)

Nick de Groot neuer Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz

Der bisherige Direktor des Melanesischen Instituts in Goroka, Pater Nick de Groot wurde zum neuen Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz von PNG und den Salomon-Inseln gewählt. Der 63-jährige gebürtige Holländer lebt und arbeitet seit über 21 Jahren in PNG. Unter anderem ist er auch Vorsitzender von „Word Publishing“, dem Herausgeber der Wochenzeitung „Wantok“. (Wantok Nr. 1657)

Fr. Robert Lak verstorben

Am 13. April verstarb der ehemalige Gouverneur der Western Highlands Province und katholische Priester Fr. Robert Lak. Er erlag in Mt. Hagen den Folgen eines Herzinfarkts. In der Traueransprache wurde er

als jemand beschrieben, der keine großen Worte machte, der aber viel bewegte – sowohl in seiner Zeit als Gouverneur von 1997 bis 2002, aber insbesondere auch als unbequemer Priester. Zeit seines Lebens habe er sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen eingesetzt, v.a. im Bereich des Gesundheitswesens, der Bildung und der Infrastruktur. (National 18.04.06)

Aus der Anglikanischen Kirche

Bischof Sir David Hand gestorben

Am 6. April verstarb der frühere anglikanische Bischof Sir David Hand im Alter von 86 Jahren in Port Moresby. Er wurde als warmherziger, einfacher Mann beschrieben, dessen Haus auch für die kleinen Leute offen stand. Lange Jahre hatte er eng mit „Word Publishing“ zusammen gearbeitet und einen engen Kontakt zu den Medien gehalten. „Er stand für christliche Werte ein und hat es verstanden, die Menschen auf Jesus Christus hinzuweisen“, betonte Bischof Fox in seiner Traueransprache. David Hand wurde 1920 in West Yorkshire, England geboren und lebte und wirkte bereits seit 1946 in PNG. Begraben wurde er in Popondetta. (National 07. und 19.04.06)

PAZIFIK ALLGEMEIN

Alarmierende Zahlen zu HIV/AIDS in Ozeanien

Der im Mai veröffentlichte UNAIDS („Joint United Nations Programme on HIV/AIDS“) Bericht 2006 zeigt alarmierende Ergebnisse für Ozeanien allgemein, speziell aber für Papua-Neuguinea auf. 2005 wa-

ren in Ozeanien durchschnittlich 78.000 Menschen infiziert (inklusive der durchschnittlich 7.200 Neuinfizierten in diesem Jahr). Etwa 3.400 erlagen 2005 der Krankheit. Allein 90% der infizierten Menschen in Ozeanien (ohne Neuseeland und Australien) leben in Papua-Neuguinea, was eine durchschnittliche Zahl von 60.000 ausmacht, wobei davon ausgegangen werden kann, dass die reale Zahl sogar drei bis viermal höher ausfällt, als die offizielle Untersuchung ergeben hat. Grund sei die Angabe vieler Infizierter, dass sie mit mehreren Partnern ungeschützten sexuellen Kontakt gehabt hätten. Seit 1997 steigen die HIV Diagnosen in PNG jährlich um etwa 30%. Besonders Mädchen, junge Frauen und Männer ab 35 seien betroffen. Die Gründe für diesen bedenklichen Anstieg seien laut Bericht vor allem die Unaufgeklärtheit junger Menschen und damit verbunden der ungeschützte sexuelle Verkehr gerade im Bereich der Prostitution. Aber auch in der Ehe seien wechselnde Partnerschaften nicht selten seien. Hinzu kommt die weit verbreitete sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Im restlichen Ozeanien sei die Ansteckungsrate recht gering, aber die hohe Infektionsrate an Geschlechtskrankheiten in beispielsweise Vanuatu oder Samoas Hauptstadt Apia sei ein Zeichen, dass sich dies sehr schnell ändern könne. Syphilis sei in der Pazifikregion weit verbreitet, so Frances Bird, Direktorin der neuseeländischen „Family Planning Association“ (FPA). Laut Statistik würden sich 47,5% der mit Syphilis infizierten Neuseeländer die Krankheit während einer Reise in der Pazifikregion (besonders in Fidschi) durch ungeschützten Geschlechtsverkehr zugezogen haben. Auch in Australien zeigt sich ein sprunghafter Anstieg der HIV Infektionen. Gab es

2004 noch 820 neue Fälle, so waren es 2005 schon 1.600. Insgesamt leben in Australien durchschnittlich 16.000 Menschen mit dem Virus. Zum Vergleich: in Deutschland waren es 2005 49.000. Der Rückgang der Infektionen in den 1990er Jahren ging mit der gesteigerten Aufklärungsarbeit einher, so Simon Donohoue von der „Australian Federation of AIDS Organisations“. Das gleiche passiere nun in umgekehrter Richtung aufgrund der geringen Aufklärungsarbeit. (Post-Courier 29.05.06, 21.06.06, National 01.06.06, ABC Online 01.06.06, www.unaids.org)

31. Sitzung des AKP-EU-Ministerrates in Port Moresby

Am 1. und 2. Juni trafen sich die Minister von 78 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten) mit den Vertretern der 25 Mitgliedsstaaten der EU in Papua-Neuguinea, um zusammen über die wirtschaftlichen Beziehungen und das Finanzprotokoll für die AKP/EU Partnerschaft von 2008 bis 2013 zu verhandeln. Ebenso wurden die Verhandlungen über die bis Ende 2007 geplanten regionalen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den sechs Regionen der AKP-Staaten, die so genannten „Economic Partnership Agreements“ (EPAs, deutsch regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) fortgeführt. Beide Seiten zeigten sich zuversichtlich, gemeinsame neue Handelsregeln zu formulieren. Durch die (gerechte) Einbindung der AKP-Staaten in den Welthandel soll die Armut in den Ländern reduziert werden.

EPAs sind als Instrumente geplant, um die Prinzipien des Cotonou-Partnerschaftsabkommens aus dem Jahr 2000 zu verwirklichen. Dieses sieht vor, neue WTO-kompatible Handelsvereinbarungen abzu-

schließen, gegenseitige Handelsbarrieren abzubauen und die Zusammenarbeit in handelsrelevanten Bereichen zu verstärken. Wachsende regionale Märkte sollen Investitionen und Wirtschaftswachstum im Pazifik und anderen AKP-Regionen fördern.

Um diese Ziele zu erreichen, will die EU zudem ihre Entwicklungshilfe erhöhen. Beide Seiten kamen überein, dass von 2008 bis 2013 Mittel in Höhe von 24,4 Milliarden Euro aus dem 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für die AKP-Staaten bereitgestellt würden, 2 Milliarden Euro davon als Darlehen aus Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB). Nicht ausgegebene Gelder des derzeitigen 9. EEF könnten dieses Budget noch erhöhen. Die AKP-Staaten sollen jedoch zusätzlich eigene Finanzmittel mobilisieren, um die Kosten der EPAs zu finanzieren.

EPAs werden derzeit kontrovers diskutiert, da es sich bei diesen im Wesentlichen um klassische Freihandelsabkommen zwischen der wirtschaftlich und politisch übermächtigen EU und den instabilen und abhängigen AKP-Volkswirtschaften handelt, die ausbalancierte Ergebnisse als eher unwahrscheinlich erscheinen lassen. Auch wenn sich der österreichische Staatssekretär im Außenministerium Dr. Hans Winkler zufrieden mit den erzielten Einigungen zeigte, so merkte AKP-Ratspräsident Dr. Onofre Rojas kritisch an, dass die EEF-Mittel den AKP-Staaten zwar schnell Vorteile bringen würden, es aber keine einseitige Hilfe geben dürfe. Künftige Handelsbeziehungen sollten nicht die Abhängigkeit von Rohstoffexporten festschreiben, sondern müssten andere Entwicklungsdimensionen wie den Ausbau der Infrastruktur und die Förderung des Humankapitals einbeziehen.

Hinsichtlich des Themas Migration hoben die Minister v.a. die Chancen des Austausches von Wissen und Kultur positiv hervor, betonten aber, dass eine weitere Ausschöpfung der Ressourcen nötig sei. Vordringlich ist, die Nachfrage und das Angebot an legaler Arbeitsmigration zu regeln. Zwei gemeinsame Statements zur Situation in Osttimor und dem Erdbeben in Indonesien unterstrichen die Solidarität der EU mit dem Pazifik. Eine gemeinsame Erklärung zum Klimawandel, von dem gerade die pazifischen Inselstaaten in besonderem Maße betroffen sind, betonte zudem die Bereitschaft beider Seiten, den globalen ökologischen Problemen entschieden entgegenzutreten. (Agence Europe 01.06.06, 02.06.06, 06.06.06, www.eu2006.gv.at 31.05.06)

Im Pazifik bebte die Erde

Gleich mehrere Erdbeben und Vulkanausbrüche versetzten die Bewohner der Pazifik-Region in den letzten beiden Monaten in Angst und Schrecken. Besonders hart traf es die indonesische Insel Java und das polynesisches Königreich Tonga.

Am 3. Mai bebte die Erde unter Tonga mit einer Stärke von 7,9 auf der Richterskala so stark wie nie zuvor in dem kleinen Inselreich. Das Epizentrum lag etwa 160 km nordöstlich von Nuku'alofa. Eine Tsunami-Warnung für Neuseeland und Fidschi wurde kurz darauf wieder aufgehoben. In Tahiti, American Samoa und Niue wurde eine etwa 20 cm hohe Welle registriert, das Beben selbst konnte noch auf Neuseelands Nordinsel wahrgenommen werden. Wie durch ein Wunder wurden nur wenige Menschen verletzt, was für ein Beben solcher Stärke eher ungewöhnlich ist. Beben mit einer Stärke über 8 gibt es weltweit im Durchschnitt nur einmal pro Jahr. Le-

diglich Schäden an privaten und öffentlichen Gebäuden wurden festgestellt. Besonders hart wurde die Ha'apia Gruppe getroffen, die recht nahe am Epizentrum lag. Das Niu'ui Krankenhaus, der Hafen und viele Kirchen wurden schwer beschädigt. Zur gleichen Zeit wurde in Fidschi (13 km südwestlich von Ovalau, Fidschis fünft größte Insel) ein Beben der Stärke 4,2 festgestellt.

Während Tonga von mehreren Nachbeben geschüttelt wurde, bahnte sich eine weitaus größere Katastrophe weiter nordwestlich an. Zum Zeitpunkt, als in Tonga die Erde schwankte, rollten Lavaströme den in Zentral-Java gelegene Mount Merapi (Gunung Merapi, „Feuerberg“) herab. Wissenschaftler prognostizierten weitere Aktivitäten und die Bewohner der Gefahrenzone wurden evakuiert. Am Samstag, den 27. Mai bebte auch auf Java die Erde. Zwar mit einer geringeren Stärke (6,3) als in Tonga, aber mit wesentlich schlimmeren Folgen: Mindestens 6.200 Menschen starben, 30.000 wurden verletzt und mehr als 105.000 Häuser wurden zerstört oder beschädigt, sodass Hunderttausende Menschen obdachlos wurden. Besonders die nahe am Mount Merapi gelegene dicht besiedelte Region von Yogyakarta wurde schwer getroffen. Sofort wurde weltweit Katastrophenhilfe geleistet. Noch immer befindet sich die Region in Alarmbereitschaft, da der Mount Merapi durch das Erdbeben aktiver geworden ist. Der Berg stieß eine drei Kilometer hohe Aschewolke aus und Wissenschaftler gehen davon aus, dass sich im Inneren Gesteinsbrocken gelockert und sich somit das Druckverhältnis im Berg verändert habe. Der Mount Merapi ist einer der aktivsten und gefährlichsten Vulkane der Welt. Indonesien hat die weltweit höchste Dichte an Vulkanen und ist Teil des so genannten „Pazifischen Feuer-

rings“, einem Gebiet mit regelmäßigen Erdbeben und Vulkanausbrüchen. Am 6. Juni lief Lava die West- und Südwesthänge des Vulkans herab und heiße Gas- und Aschewolken wurden ausgestoßen. Zur gleichen Zeit, als sich die Katastrophe in Java ereignete, wurde Tonga erneut von einem Erdbeben (6,7) heimgesucht, ebenso wie die Erde diesmal auch in New Britain (Papua-Neuguinea) bebte (6,2), jedoch glücklicherweise ohne großen Schaden anzurichten.

Offensichtlich scheint es momentan besonders viele tektonische Aktivitäten in der Pazifik-Region zu geben. Ebenfalls von Erdbeben heimgesucht wurden am 16. Mai die Region der Kermadec Inseln (etwa 800 km nordöstlich von Auckland gelegen) mit einer Stärke von 7,4 und die Nias Region in Indonesien mit einer Stärke von 6,8. Zur selben Zeit stieß in Vanuatu in der Malampa Provinz der Lopevi große Aschewolken aus. Zwei Wochen später zeigten auch die beiden vanuatischen Vulkane Benbow und Marum Aktivitäten. Das vorerst letzte stärkere Beben wurde mit einer Stärke von 6,3 in Japan etwa 800km südwestlich von Tokyo registriert. Hier ging es relativ glimpflich mit nur fünf Verletzten aus, obwohl das Beben dieselbe Stärke wie in Java hatte. In Japan ist in den letzten Jahren jedoch sehr viel für eine erdbebensichere Infrastruktur gemacht worden, was in Java nicht der Fall ist. (BBC NEWS 04.05.06, 15.05.06, 29.05.06, 01.06.06, 08.06.06, 12.06.06, www.rnzi.com 15.05.06, 28.05.06, Tahitipresse 04.05.06, Matangi Tonga 04.05.06, 06.05.06, Fiji Times 04.05.06, <http://earthquake.usgs.gov>)

„Da Vinci Code“ in vielen Inselstaaten heiß diskutiert

Nachdem der Hollywood-Streifen „Der Da Vinci Code“ bereits in Asien zu großen

Protesten seitens der Kirchenführer gesorgt hatten, diskutierten auch einige Pazifikstaaten den Film kontrovers. Laut dem Film sollen Maria Magdalena und Jesus Kinder gehabt haben, was bei den christlichen Kirchen Aufsehen erregte. Während in Hawaii keine großen Debatten geführt wurden, zauderte die Regierung in Samoa nicht lange und zensierte den Film. Der katholische Erzbischof von Samoa, Alapati Mataeliga, meinte, der Film würde den Glauben weniger religiöser junger Menschen beeinflussen. Proteste des Inhabers des einzigen Kinos von Apia, Maposua Rudolf Keil, blieben ohne Ergebnis. Das Verbot würde lediglich dafür sorgen, dass sich diejenigen, die den Film sehen möchten, diesen als Raubkopie besorgen würden und der illegale Handel mit DVDs florieren werde. Die Zensur beschränkt sich nicht nur auf die Vorführung in Kinos und im Fernsehen, sondern auch auf den Verleih von Videos und DVDs. Auch in den Salomon-Inseln soll der Film verboten werden. In American Samoa, Kiribati, Papua-Neuguinea und Fidschi wird über eine Zensur nachgedacht. (<http://khon.com>, www.rnzi.com 21.05.06, 31.05.06, 07.06.06, Radio Australia – Asia Pacific 11.05.06, Pacific Beat 24.05.06, 16.06.06)

BRENNPUNKT INDONESIEN

Freeport löst Unruhen in West Papua aus

Provinz Papua: Mehrere Wellen der Gewalt lassen das Gebiet um das Bergbauunternehmens „Freeport McMoRan Copper & Gold“ in Timika nicht zur Ruhe kommen. Begonnen hatte der Konflikt im Februar, als Sicherheitskräfte des Un-

ternehmens Menschen, die den Abraum der Mine nach Goldresten durchsuchten, vertreiben wollten. Diese als ungerecht empfundene Maßnahme brachte die Menge auf und es kam zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und der Bevölkerung. Ein Mann kam dabei ums Leben viele weitere wurden verletzt. Die Zufahrtsstraße zur Mine wurde blockiert. In mehreren Städten fanden Solidaritätsproteste statt. Die Unruhen legten sich erst, als Freeport das Durchsuchen des Abraums gestattete.

Unterstützt wurden die Proteste gegen Freeport zudem durch einen Bericht in der New York Times, in dem Freeport beschuldigt wird, Zahlungen an Sicherheitskräfte und Militärs geleistet zu haben. Hinzu kam im März ein Rohrbruch, der schlimme Umweltverschmutzungen auf dem Minengelände verursachte. Demonstranten forderten die sofortige Schließung der Mine, da durch das korrupte Verhalten der Minenführung und der Sicherheitskräfte kaum etwas der riesigen Gewinne des Unternehmens der Bevölkerung zu teil wird. Zudem zerstört die Mine nun schon seit 40 Jahren massiv die Umwelt, ohne dass weder die indonesische Regierung noch Freeport maßgebliche Schritte dagegen eingeleitet hätten. Die Menschen in diesem Gebiet bleiben in ihren Bedürfnissen ungehört. Daher kam es Mitte März erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Vor dem Campus der Cenderawasih Universität in Abepura eskalierte die Situation als Sicherheitskräfte die Demonstranten mit Tränengas auseinander treiben wollte. Die wütende Menge wehrte sich und im Zuge der Handgemenge starben vier Polizisten, ein Marinesoldat und ein Zivilist. Im Anschluss kam es zu Leichenschändungen.

In den Tagen nach der gewaltvollen Demonstration wurden von den Sicherheitskräften systematisch Studentenwohnhäuser durchsucht und Studenten verhaftet. Aus Angst vor Verhaftung und Folter flüchteten bis zu 1.200 Studenten in den angrenzenden Wald, wo sie weder ausreichend Nahrung noch medizinische Versorgung hatten. Bei Straßenkontrollen wurden mindestens drei Zivilisten durch Feuerwaffen verletzt. Im Mai begann der Prozess gegen 16 Studenten, die im Zuge der gewaltsamen Proteste festgenommen wurden. Ihnen drohen Haftstrafen bis zu 15 Jahren.

Wenige Tage später kam es zu einem verheerenden Erdbeben auf dem Gebiet der Freeport-Mine. Tonnen von Schlamm brachen in eine Cafeteria ein und töteten drei Indonesier. Umweltminister Rachmat Witoelar ermahnte die Minenführung, dass sich das Unternehmen an die Gesetze des Landes halten müsse. Die Regierung in Jakarta räumte Freeport zwei bis drei Jahre ein, um sein Abfallmanagement zu verbessern. Umweltschützer kritisieren allerdings den langen Zeitraum, da bereits jetzt genügend Beweise vorlägen, um das Unternehmen strafrechtlich zu verfolgen. Eine kürzlich veröffentlichte Studie der indonesischen Umweltorganisation WALHI bestätigt die gravierenden Umweltverschmutzungen, die durch die Mine ausgelöst werden. Bis zu 700.000 Tonnen mit Schwermetallen belasteten Abraums werden täglich von der Mine produziert. Die Gifte gelangen in die Nahrungskette und belasten Mensch und Umwelt. Obwohl die Mine in der Vergangenheit immer wieder gewaltsame Proteste in Papua auslöste und der Regierung die Umweltverschmutzungen bekannt sind, weigert sich die Regierung, die Mine zu schließen, da sie eine ihrer größten Ein-

kommensquellen darstellt. (*West Papua Rundbrief Nr. 38, ABC Radio 23.03.06, E-Informationsbriefe Nr. 173 und 174 des West-Papua-Netzwerks, BBC NEWS 23.03.06, New York Times 27.12.06, The Daily Telegraph 03.05.06, ABC NEWS ONLINE 18.05.06*)

Neuer Volksrat nimmt Arbeit auf

Provinz Papua: Am 31. Oktober 2005 hat der neue Volksrat der Papuas (MRP = *Majelis Rakyat Papua*) seine Arbeit aufgenommen. Aus Sicht der Papuas soll der Volksrat ein repräsentatives Gremium von indigenen Führern darstellen, das die Kultur und die Werte in ihrem Land beschützt und auf ihre Bedürfnisse eingeht. Konservative indonesische Kreise sehen das Gremium eher als Unterstützung nationalistischer Papuas. Die indonesische Regierung erwartet vom MRP hauptsächlich die Zustimmung zur Politik Jakartas. Die 42 Vertreter des Volksrates nehmen ihr Amt jedoch sehr ernst und arbeiten im Sinne der Papuas, wie der Beschluss vom 14. Februar zeigt. Der MRP spricht sich im Namen der Papuas gegen weitere Spaltungen der Provinz aus, wie dies 2003 mit der Neubildung der Provinzen West Irian Jaya (*Irian Jaya Barat* = IJB) in der Vogelkopfregion und Papua geschehen ist. Zusätzliche Neugründungen von Provinzen könnten von Jakarta nicht als Grund gesehen werden, weitere Militäreinheiten in Papua zu stationieren und die Migration nach Papua zu fördern. Im März fanden jedoch die Wahlen für die Provinzparlamente statt, was den Standpunkt des MRP untergrub.

Wenn es nicht zum Dialog zwischen Jakarta und dem MRP komme, dann laufe das Gremium Gefahr, bereits wenige Monate nach seiner Gründung wieder zu zerfallen, so die Aus-

sage der „International Crisis Group“. Nach den schweren Ausschreitungen zwischen Papuas und Sicherheitskräften im Februar, müsse sich der MRP beweisen, damit der Glaube der Papuas an das seit Jahren geforderte Gremium nicht stirbt. (E-Informationsbrief Nr. 172 des West-Papua-Netzwerks, International Crisis Group Asia Briefing Nr. 47 vom 23.03.06)

West Papuan National Coalition for Liberation gegründet

Provinz Papua: Zwischen dem 28. November und dem 1. Dezember 2005 trafen sich in Yambi (PNG) Vertreter unterschiedlicher „linksorientierter“ Interessengruppen der indonesischen Provinz Papua, die sich für die Unabhängigkeit von Indonesien stark machen. An der Konferenz nahm auch die TPN („Liberation Army of Free Papua“), der militante Arm der OPM (*Organisasi Papua Merdeka* = „Free Papua Movement“) teil. Ergebnis des Treffens war die Gründung einer Dachorganisation, unter der 18 politische bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen und bewaffnete Widerstandsgruppen vereint werden ohne dabei ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Weitere 10 Organisationen traten zwar nicht bei, sicherten aber ihre Unterstützung bei der Errichtung der nationalen Koalition für die Unabhängigkeit zu. In einem „Memorandum of Understanding“ wurde die Gründung der „West Papuan National Coalition for Liberation“ und die Errichtung eines Sekretariats festgelegt. Alle Mitglieder verpflichteten sich, im Kampf um die Unabhängigkeit von Indonesien auf nationaler Ebene zu kooperieren und mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Als vereinte Koalition für ein unabhängiges Papua erhoffen sich die Mitglieder auch diplomatische Unterstützung von den Regierungen pazifischer Staaten. Ein weiterer wichtiger Punkt der Vereinbarung war das Be-

kenntnis zu einem friedlichen Widerstand und die Aufrechterhaltung der seit 2002 bestehenden Politik der „Zone of Peace“.

Vorbereitet wurde die Gründung auf einem Treffen einer Expertengruppe im Juni 2003 in Utrecht (Niederlande), wo sich die Führer der einzelnen Organisationen erstmals zusammensetzten. Der 1. Dezember bot sich für den Unterzeichnungstag an, da er für die Papuas als ihr Unabhängigkeitstag gilt, denn 1961 wurde an diesem Tag die Morgenstern-Flagge zum ersten Mal gehisst. Kurz darauf fielen indonesische Truppen ein und besetzten das Land, das bis heute eine Provinz Indonesiens darstellt. (Pressemitteilung Pacific Concerns Resource Centre 15.12.05, www.abc.net.au 20.12.05)

Friedensprozess in Aceh

Aceh: Nachdem im vergangenen August ein Friedensabkommen zwischen der indonesischen Regierung und der separatistischen Bewegung „Freies Aceh“ (*Gerakan Aceh Merdeka* = GAM) geschlossen wurde, bleibt der Friedensprozess auf dem richtigen Weg. Laut der „International Crisis Group“ gibt es jedoch Probleme, die sich in der Zukunft ausweiten könnten.

Problematisch sei die Verwässerung eines in Aceh erarbeiteten Gesetzesentwurfes durch das indonesische Innenministerium, das seine Version an das Parlament in Jakarta weitergab. Momentan sei man dabei, einen Kompromiss zu finden. Auch die geplante Spaltung der Provinz Aceh stöße auf Widerstand. Weitere Probleme gäbe es bei der Integration vom GAM Mitgliedern in die Gesellschaft. Im Abkommen aus dem letztem August wurde der Unterhalt für 3.000 GAM Kämpfer festgelegt. Nun ist aber deutlich geworden,

dass wesentlich mehr ehemalige GAM Mitglieder Unterhalt erwarten. Zudem sei die Notlage nach dem Tsunami im Dezember 2004 noch immer sehr groß und das Geld knapp. Für den 26. April dieses Jahres waren Wahlen für die Region angesetzt, die jedoch aus mehreren Gründen wie beispielsweise der schleppenden Registrierung der Wahlberechtigten nach dem Tsunami auf Juli/August verschoben wurden. Dieser Termin liegt jedoch nach dem offiziellen Abreisezeitpunkt der europäisch geführten „Aceh Monitoring Mission“ (AMM) am 15. Juni. Diese sollte die Wahlen überwachen. Nun befürchten viele Menschen in Aceh, dass gerade in der instabilen Zeit um die Wahl keine neutralen Schlichter vor Ort sind.

Von anderer Seite wird die Konkurrenz zwischen den zahlreichen nationalen und internationalen NGOs in Aceh bemängelt. Jede Organisation hätte ihre eigene Philosophie, sodass eine gute Kooperation häufig nicht zu Stande kommt. Es fehle das Verständnis für die Verhältnisse vor Ort gerade in Bezug auf die Errichtung von Unterkünften und die Versorgung der traumatisierten Opfer.

Im Dezember haben die kämpfenden Verbände der GAM nach Angaben ihres Führers Irwandi Yusuf etwa 840 Waffen abgegeben und sich anschließend organisatorisch aufgelöst. Auf indonesischer Seite wurden die letzten 3.400 Soldaten von Aceh abgezogen. Laut der Beobachtungsmission der EU sowie der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN) sei der Friedensprozess ohne größere Vorkommnisse abgelaufen. Auch wenn der Tsunami die erschreckende Zahl von 160.000 Toten und 500.000 Binnenvertriebenen verursachte, so hat er dem Land doch gleichzeitig Devisen gebracht. Durch die Anwesenheit zahlreicher internationaler

NGOs steht Aceh unter weltweiter Beobachtung. Würde der Frieden zusammenbrechen, dann könnte auch das Geld von außen verschwinden. Vielleicht schafft diese Situation die Grundlage für ein friedliches Aceh. (*International Crisis Group Asia Briefing Nr. 48 29.03.06, EINS 6-2006, Südostasien aktuell 1/2006*)

TIMOR-LESTE

Präsident Gusmão erklärt Notstand

Die heftigsten Unruhen seit 1999 erschüttern derzeit Dili, die Hauptstadt der Demokratischen Republik Timor-Leste (Osttimor). Präsident Xanana Gusmão erklärte Ende Mai für 30 Tage den Notstand. Seit Beginn der Unruhen sind bereits mindestens 20 Menschen getötet worden. Begonnen hatte die Krise im Februar. Knapp 600 unzufriedene Soldaten der 1.400 Mann Armee Falintil-FDTL traten in einen Streik. Die hauptsächlich aus den westlichen Distrikten (Loro Munu) stammenden Soldaten beklagten schlechte Arbeitsbedingungen und eine strukturelle Benachteiligung gegenüber ihren Kameraden aus den östlichen Distrikten (Loro Sae) gerade in Fragen der Beförderung. Viele der Aufrührer sind Veteranen des Unabhängigkeitskampfes gegen Indonesien und der Meinung, dass sie noch immer nicht das zurückgehalten hätten, was sie in den langen Kampffahren investiert hätten. Ihre gesellschaftliche Integration in Zeiten des Friedens fällt teilweise schwer. Nachdem sich die Streikenden nicht an ihren Arbeitsplatz zurückbegaben, wurde Mitte März ihre unehrenhafte Entlassung von Brigadegeneral Taur Ruak mit Unterstützung des Premierministers Mari Alkatiri veranlasst.

Die Proteste gingen weiter und spitzten sich Ende April zu. Am 28. April brach eine Welle von Gewalt über die Hauptstadt herein. Nicht nur Demonstranten sondern auch gewaltbereite Jugendliche zogen plündernd und zerstörend durch die Stadt und ihre Vororte, ohne dass die Polizei dies verhindern konnte. Mindestens 5 Menschen starben und in der Folge flüchteten etwa 100.000 Menschen aus Dili (Dilli hat eine Bevölkerung von ca. 120.000). Viele flohen in Camps außerhalb Dilis, zum Flughafen, Hafen oder auf das Gelände der Vereinten Nationen. Kirchen und Missionen seien überfüllt mit Flüchtlingen, so Radio Australia. Australien schickte Schiffe nach Osttimor, um im Zweifelsfall australische Bürger zu evakuieren. Premierminister Mari Alkatiri von der Fretelin Partei, die 55 von 88 Parlamentssitzen innehat, wurde mehrmals dazu aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Bei einem dreitägigen Treffen der Fretelin Partei konnte er jedoch sein Amt verteidigen. Trotzdem steht er nach wie vor unter dem heftigen Druck der Bevölkerung, die ihn wegen seiner rigorosen Haltung und der Entlassung der Soldaten für die Unruhen verantwortlich macht. Bei einer Demonstration forderten Anfang Juni etwa 2.000 Menschen erneut seinen Rücktritt. Letzte Woche wurde Alkatiri von Präsident Gusmão zum Rücktritt aufgefordert. Falls er diesem nicht nachkomme, würde Gusmão aus dem Amt treten. Diese Äußerung nahm er jedoch aufgrund von Protesten vieler Tausender wieder zurück, obwohl sich Alkatiri gegen einen Rücktritt entschied.

Als sich Ende Mai die gewaltvollen Unruhen verschärften und es zu immer mehr Plünderungen und Kämpfen zwischen rivalisierenden Gangs kam, bat Osttimor um internationale Hilfe. Australien beschloss daraufhin 1.300 Soldaten zu ent-

senden – 150 davon trafen am nächsten Tag in Dili zur Sicherung des Flughafens ein. Kleinere Kontingente aus Malaysia (500 Soldaten), Neuseeland (120 Soldaten) und der früheren Kolonialmacht Portugal (120 Soldaten) stehen bereit. Australien führte bereits 1999 eine UN-Friedensmission in Osttimor an, um den Unruhen Herr zu werden, die nach dem gescheiterten Unabhängigkeitsvotum von Indonesien in Osttimor losbrachen. Nach der Proklamation der Unabhängigkeit im Mai 2002 blieben die UN-Truppen im Land bis sie schließlich vor einem Jahr abgezogen wurden. UN-Generalsekretär Kofi Annan gab indes zu verlauten, dass der Abzug unter anderem durch den Druck der USA zu früh geschehen sei. Rufe nach einer UN geführten Friedensmission werden erneut laut. Mitte Juni richtete Australien die Bitte an die UN, erneut Truppen nach Osttimor zu entsenden. Die Verteilung der Hilfsgüter werde durch Plünderungen und Gewalt erschwert, so die australische Hilfsorganisation „World Vision“. Parlamentsmitglieder fürchten um ihre Sicherheit. Gespräche zwischen dem Verteidigungsminister von Osttimor, José Ramos Horta und Rebellenführern verliefen ohne Ergebnis. Im Zuge der Unruhen wurde am 30. Mai das Büro eines Generalstaatsanwalts überfallen und Akten zu indonesischen Besatzungsverbrechen zerstört. Ein anfänglich durch entlassene Soldaten begonnener Konflikt hat sich nun zu einem Kampf an vielen Fronten ausgeweitet, in den alle Gesellschaftsgruppen eingebunden sind, und geht sogar soweit, dass der Konflikt als Vorwand zur Sabotierung der Vergangenheitsbewältigung herangezogen wird.

Osttimor ist mit vier Jahren der jüngste unabhängige Staat der Welt. Viele Probleme konnten in der jungen Demokratie noch

nicht gelöst werden. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und etwa die Hälfte der Erwachsenen kann weder lesen noch schreiben. 40% der Bevölkerung leben in Armut. Die Jugendlichen haben kaum eine Zukunftsperspektive. Diese Armut ist mitverantwortlich für die Plünderungen und kann eine weitere Eskalation des Konflikts unterstützen. Eine starke Polizei würde gebraucht, die sich um die Kriminellen auf der Straße kümmere. Sie sei dafür besser geeignet als Soldaten, so der australische Brigadegeneral Mick Slater. Der Leiter des australischen Militärs, Angus Houston, erklärte bereits kurz nach seiner Ankunft im Mai, dass er damit rechne, dass die australischen Truppen sechs Monate im Land sein werden. Australien liegt schon allein wirtschaftlich viel daran, dass bei seinem Nachbarn Ruhe einkehrt. Erst im Januar wurde ein Vertrag zwischen Dili und Australien zur Aufteilung der Gewinne der Öl- und Gasförderung im Offshore-Bereich der Timor-See unterschrieben. (BBC NEWS 17.03.06, 26.05.06, 29.05.06, 30.05.06, 31.05.06, 02.06.06, 05.06.06, 06.06.06, 23.06.06, Radio Australia – Asia Pacific 15.05.06, 17.05.06, 19.05.06, 24.05.06, 25.05.06, 29.05.06, 16.06.06, Asienhaus-Rundbrief 10/2006, Südostasien aktuell 1/2006)

Bericht der Wahrheitskommission stößt auf internationale Kritik

Im Januar 2002 nahm die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Osttimor („Timor-Leste Commission on Truth, Reconciliation, and Reception“ = CAVR) ihre Arbeit auf. Ziel war es, die Verbrechen während der indonesischen Besatzung aufzuklären und damit die Grundlage zur Versöhnung durch zu Gerechtigkeit schaffen. Während dieser Zeit sollen indonesische Sicherheitskräfte für den Tod von etwa 180.000 Menschen verantwortlich sein. Zwischen 1975

und 1999 kamen mindestens 102.800 Menschen ums Leben oder verschwanden spurlos. Weitere 84.200 starben an Hunger, Krankheit oder anderen Folgen des Konflikts.

Kurz nachdem Präsident Gusmão im Januar den 2.500 Seiten Bericht der Kommission dem UN Generalsekretär überreichte, wurde Empörung in Jakarta laut. Da die Regierung Osttimors die relativ guten Beziehungen zu Indonesien nicht gefährden wollte, wurde von Mitgliedern der Regierung wiederholt darauf hingewiesen, dass man doch nun in die Zukunft blicken müsse. Der „International Crisis Group“ erscheint die Kommission eher als ein Mechanismus für Amnestie als für Gerechtigkeit. Der Bericht ist zudem nur teilweise veröffentlicht, was mehrere Menschenrechtsorganisationen und die katholische Kirche kritisieren. Nur durch einen vollständigen Bericht sei gewährleistet, dass die aufgelisteten Menschenrechtsverletzungen ernst genommen und die Täter bestraft würden. ASAP („Action in Solidarity with Asia und the Pacific“) kritisierte das schleppende Verfahren der UN und bat Kofi Annan in einem Schreiben, doch endlich etwas für die gerechte Bestrafung der Täter zu tun. (International Crisis Group Asia Briefing Nr. 50 04.05.06, Brief von ASAP 24.03.06, Kontinente 2-2006)

BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

MELANESIEN

Knappes Wahlergebnis in Fidschi

Fidschi: Vom 6. bis 13. Mai fanden in Fidschi die landesweiten Wahlen zum Abgeord-

netenhaus statt. Die Fijian People's Party (*Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua* = SDL) unter Führung von Laisenia Qarase die Mehrheit der Sitze. Die Oppositionspartei Fiji Labor Party (FLP) mit dem Indo-Fidschianer Mahendra Chaudhry an der Spitze musste sich wie bei der letzten Wahl mit der Position der zweitstärkste Partei im Parlament zufrieden geben. Die SDL Partei erhält demnach 36 von 71 Sitzen, die FLP 31 Sitze, die United Peoples Party (UPP) 2 Sitze und weitere 2 Sitze gehen an unabhängige Abgeordnete. Quarase wurde als Premierminister für die nächsten fünf Jahre bestätigt.

Die Wahlbeobachtungskommission der Europäischen Union, die nach Fidschi gereist war, quittierte der Wahl einen positiven Verlauf. Nach anfänglichen Problemen bei der Registrierung der Wähler und der verspäteten Öffnung von Wahllokalen seien die Wahlen frei und fair abgelaufen.

Das Ergebnis macht deutlich, dass die Wahl von ethnischen Gesichtspunkten beeinflusst wurde. Der knappe Wahlsieg der SDL Partei spiegelt auch in etwa das Bevölkerungsbild Fidschis wider, denn etwa 55% der Bevölkerung sind indigene Fidschianer, während der größte Teil der restlichen Bevölkerung indischer Abstammung ist. Zu ethnisch motivierten gewalttätigen Ausschreitungen kam es während der Wahl nicht. Wie in der Verfassung von Fidschi vorgesehen, müssen allen Parteien, die über 10% der Parlamentssitze einnehmen, Kabinettsposten angeboten werden. Da dies nur für die beiden großen Parteien zutrifft, offerierte Qarase seinem Kontrahenten Chaudhry Kabinettsitze. Dem folgten zähe Verhandlungen um die Zusammensetzung des Kabinetts, da Qarase die vorgeschlagenen Minister der FLP teilweise

nicht unterstützte. Ende Mai jedoch wurden die Kabinettsmitglieder der FLP vereidigt. Die FLP stellt den Environment Minister, den Labour and Industrial Relations Minister, den Curative Health Service Minister, den Agriculture Minister, den Energy and Mineral Resources Minister, den Minister for Primary and Preventative Health Services, den Local Government and Urban Development Minister, den Minister für Employment Opportunities and Productivity und den Commerce and Industry Minister. Die elf restlichen Ministerposten stellt die SDL Partei.

Da sich nun die FLP am Kabinett beteiligt, kann die Partei nicht mehr die Opposition bilden. UPP-Führer Mick Beddoes löste daher seine bisherige Koalition mit der FLP auf und stellt nun zusammen mit seiner Kollegin Bernadette Roundsganilau die einzige offizielle Opposition. Beddoes wurde von Fidschis Präsident Ratu Josefa Iloilo zum Oppositionsführer ernannt. Noch immer weigert sich Chaudhry jedoch, sein altes Büro zu räumen. Als gewöhnliches Mitglied des Abgeordnetenhauses erhält er weniger die Hälfte des Gehalts eines Mitglieds des Kabinetts oder des Oppositionsführers (FJD\$ 80.000).

Während der Regierungsbildung meldete sich das Militär zu Wort, das mit dem Ausgang der Wahl unzufrieden ist. Bereits vor dem offiziellen Endergebnis prophezeite Kommandant Voreqe Bainimarama, dass eine Reduzierung des Militärs durch die neue Regierung nicht toleriert werde. Ebenso sei er nicht damit einverstanden, dass die von Qarase für den Fall seiner Wiederwahl proklamierte Einführung einer Amnestie für die Anstifter des Putsches 2000 zu Stande käme. Eine Gesetzesvorlage aus 2004 sieht vor, die Größe des fidschianischen Militärs um fast

50% zu reduzieren, von 3.300 auf 1.700., da Fidschi keine so große Armee brauche. Fidschis Innenminister ist jedoch gegen die Ratifizierung des Gesetzes, da die innere Sicherheit gefährdet sei wie das Beispiel Osttimor zeige, wo im März 600 Mitglieder des Militärs entlassen wurden und daraufhin das Land die schlimmsten Unruhen seit 1999 erlebt. (*BBC News* 18.05.06, 19.05.06, *PIR* 18.05.06, *Fiji Times* 16.05.06, *Fijilive* 24.05.06, 06.06.06, 07.06.06, 09.06.06, www.rnzi.com 29.05.06, *Post-Courier* 19.05.06)

† Robert Keith-Reid

Fidschi: Einer der renommiertesten Journalisten des Pazifiks, Robert Keith-Reid, starb am 13. Mai im Alter von 64 Jahren im Prince Charles Hospital in Brisbane, Australien. Ende März erlitt Keith-Reid während eines Arbeitsaufenthaltes in den Salomon-Inseln einen Herzinfarkt und wurde anschließend nach Brisbane gebracht, wo er sich einer Bypass-Operation unterzog. Nach Komplikationen erlag er seiner Krankheit.

Robert Keith-Reid war seit 1985 der Herausgeber des regional führenden Nachrichtenmagazins „Islands Business“. Seinen ersten Job als Journalist erhielt Keith-Reid bei der damaligen „Fiji Broadcasting Commission“. Danach ging er zu Fidschis größter Tageszeitung „The Fiji Times“, wo er eine wöchentliche Kolumne schrieb, eine Tätigkeit, die er bis zu seinem Tod aushängte. Er hinterlässt seine Frau und zwei Kinder. (*Fiji Times* 14.05.06, *Radio Australia – Pacific Beat* 15.05.06)

Fidschianer sterben im Irak

Fidschi: Die Methodistenkirche und die fidschianische Regierung äußerten sich Anfang Juni

besorgt über die Entwicklung im Irak. Etwa 1.000 Fidschianer arbeiten im Irak und in Kuwait als Sicherheitspersonal. In den letzten zwei Monaten sind dort 14 Fidschianer gewalttätig ums Leben gekommen, allein drei davon am 8. Juni bei der Explosion einer Bombe am Straßenrand.

Durch die angespannte Lage auf Fidschis Arbeitsmarkt und die kontinuierlich steigenden Lebenshaltungskosten sind viele Fidschianer dazu gezwungen, im Ausland nach Arbeit zu suchen. Die Jobs im Irak sind mit etwa \$2.000 pro Monat lukrativ. Da Fidschianern beispielsweise in Australien keine Arbeitsgenehmigung erteilt wird, zieht es viele in Krisengebiete. Laut dem australischen Radio Pacific Beat seien die Männer und Frauen zu wenig über die Sicherheitsrisiken aufgeklärt. Die fidschianische Regierung sollte die Menschen lieber entmutigen, sich solchen Gefahren auszusetzen. Fidschis Innenminister Josefa Vosanibola sagte hingegen aus, dass er diejenigen, die in den Irak gehen wollen, nicht entmutigen werde. (*Radio Australia – Pacific Beat* 09.06.06, www.rnzi.com 11.06.06, *Fiji Times* 11.06.06)

Fidschi wird Mitglied in United Nations Peacebuilding Commission

Fidschi: Am 16. Mai wurde Fidschi auf der Hauptversammlung der UN in New York für zwei Jahre zum Mitglied der neugegründeten „United Nations Peacebuilding Commission“ gewählt. Fidschi ist das einzige Land des Pazifiks, das in dieser Kommission vertreten ist.

Die Kommission soll die Ressourcen der internationalen Gemeinschaft lenken und Rat und Strategien für Länder für die Zeit nach Konflikten bereitstellen, damit sich diese auf

den Wiederaufbau von Institutionen und nachhaltiger Entwicklung konzentrieren können. Zudem sollen die breitgelegten Kapazitäten der UN zusammen gebracht und die Erfahrungen bei der Konfliktprävention, Mediation, Friedenssicherung, Sicherung der Menschenrechte und der Gesetze des Landes ausgetauscht werden.

(<http://www.un.org/peace/peacebuilding/>,
Fijilive 08.06.06)

Rini mit kürzester Amtszeit der Geschichte

Salomonen: Kurz nach Ostern kam es zu heftigen Unruhen in der salomonischen Hauptstadt Honiara. Grund für die Ausschreitungen war die Unzufriedenheit eines Großteils der Bevölkerung über den Ausgang der Wahl zum neuen Premierminister. Am 18. April wurde Snyder Rini als neuer Premierminister vereidigt. Ihm wird Korruption und Stimmenkauf vorgeworfen. Seine Wahl sei von chinesischen Geschäftsleuten finanziell unterstützt worden. Etwa 2.000 Demonstranten ließen ihrem Unmut freien Lauf und setzten Autos von Abgeordneten in Brand und drohten, das Parlament zu stürmen, sodass das Gebäude von australischen Polizisten der RAMSI (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands) geschützt werden musste. Daraufhin zogen die Demonstranten plündernd und brandschatzend ins Zentrum der Stadt weiter. In der Nacht wurde Honiaras „Chinatown“ zu einem Großteil in Brand gesteckt.

Kurz darauf entsandte der australische Premierminister John Howard 110 Soldaten und 66 Beamte in die instabile Region. Die neuseeländische Regierung schickte 30 Polizisten und 25 Soldaten nach Honiara. Seit einigen Jahren ist die Lage in den Salomon-Inseln angespannt. 2003 drohten Ausein-

andersetzungen zwischen den Bewohnern der Inseln Guadalcanal und Malaita zu eskalieren. Die Polizei hatte sich weitgehend aufgelöst, bewaffnete Milizen bekämpften sich und die Regierung hatte keine Kontrolle mehr über das Land und bat um internationale Hilfe. Australien schickte mehrere tausend Soldaten, begleitet von kleineren Kontingenten aus anderen pazifischen Staaten wie Neuseeland und Papua-Neuguinea, die relativ schnell die Situation entspannten. Zwar wurden in den Folgejahren die Militärs Schritt für Schritt abgezogen, doch Verwaltung und Polizei werden noch immer von Australien dirigiert.

Die Unruhen in Honiara legten sich nach dem Eintreffen der Soldaten, doch entscheidend war Rinis Rücktritt eine Woche nach Ausbruch der Gewalttätigkeiten. Damit ist Rini der Premierminister der Salomon-Inseln mit der kürzesten Amtszeit von nur 8 Tagen. Viele Chinesen flüchteten bereits nach Australien oder in die VR China, was schwere Folgen für die salomonische Wirtschaft haben kann, da die Wirtschaft der Inselgruppen massiv von den Chinesen mitbestimmt wird. Die Arbeitslosigkeit auf den Salomonen ist überdurchschnittlich hoch.

Bei anschließenden Neuwahlen setzte sich Manasseh Sogovare mit 28 zu 22 Stimmen gegen den stellvertretenden Premierminister Fred Fono durch. Sogovare wurde Anfang Mai als neuer Premierminister vereidigt. Australien zeigte sich erfreut über die Wahl, doch kurz darauf wurde die Freude durch die Ernennung zweier Kabinettsmitglieder getrübt: Charles Dausabea als Polizeiminister und Nelson Ne'e als Tourismusminister. Beide wurden nach den Unruhen im April verhaftet, da ihnen die Anstiftung zu den Ausschreitungen vorgeworfen wird.

Des Weiteren zeigten sich Australiens Außenminister Alexander Downer und sein neuseeländischer Amtskollege bei einem Besuch Mitte Mai in Honiara wenig über Sogovares Standpunkt zur RAMSI erfreut. Sogovare plant, Verwaltungsbeamte der RAMSI gerade in Schlüsselbereichen wie Haushalt und Finanzen durch Einheimische zu ersetzen, auch wenn sich dies die nächsten Jahre hinziehen könne. Downer beklagte, dass sich die salomonische Regierung die besten Stücke der RAMSI herauspicken würde. Eine Präsenz von australischen Beamten in der Verwaltung sei unabdingbar. Würde jedoch die reguläre Handlungsweise der RAMSI, die in erster Linie den öffentlichen Dienst – und hier besonders das Finanzministerium – neu strukturieren soll, behindert, so würde die Einsatztruppe abgezogen. Am 23. Juli läuft das RAMSI Mandat offiziell aus und müsste von der neuen salomonischen Regierung erneuert werden. Downer hofft, dass das „Gesamtpaket“ der RAMSI weiterhin akzeptiert würde, damit man der Korruption im Land endlich Herr werde. (SZ 20.04.06, Text von Volker Böge in Neues Deutschland 20.04.06, Neues Deutschland 27.04.06, BBC News 05.05.06, 07.05.06, www.rnzi.com 15.05.06, Post Courier 22.05.06)

MIKRONESIEN

Weltbank unterstützt Kiribati

Kiribati: Die Regierung von Kiribati erhält von der Weltbank ab 1. Juni \$US 1,8 Millionen Entwicklungshilfe, um sich den Folgen des Klimawandels anzupassen. Das Projekt wird von Australien, Neuseeland und der EU kofinanziert. In der zweiten Phase des Projekts geht es vor allem darum, Risiken des Klimawandels zu erkennen und effektive Lösungen zu erarbei-

ten. Bei der Planung von Projekten wird Kiribati dabei unterstützt, sich langfristig mit den Umweltrisiken auseinanderzusetzen. Das Projekt besteht aus fünf Komponenten: 1. Strategie, Planung und Information, 2. Reduzierung der Anfälligkeit der Küsten inklusive der entscheidenden öffentlichen Infrastruktur und des Ökosystems, 3. Entwicklung und Handhabung von Süßwasserressourcen, 4. technische Hilfe und 5. Projektmanagement.

Seit der Erstellung des regionalen Wirtschaftsberichts 2000 beschäftigt sich die Weltbank mit Kiribati und den Problemen, die das Land durch den Klimawandel und den Anstieg des Meeresspiegels erfährt. Kiribati ist eines der entlegensten Länder dieser Welt. Lediglich die Insel Banaba ist vulkanischen Ursprungs. Die 32 Atolle erheben sich meist nur bis zu 3 Meter über den Meeresspiegel und erstrecken sich häufig nur einige hundert Meter. Das zunehmende Bevölkerungswachstum (Juli 2005: 103.000 bei einer gesamten Landfläche von 811 km²) und die große Armut sind weitere Probleme, mit denen das Land konfrontiert ist. Auf den Inseln gibt es also kaum eine Möglichkeit, dem Anstieg des Meeresspiegels zu entkommen. (*Pacific Magazine* 07.06.06, <http://web.worldbank.org>)

„Ein Schlag ins Gesicht“

Marshall-Inseln: Der Besuch einer Gruppe von Parlamentariern unter Führung des Parlamentssprechers Litokwa Tomeing in China erzeugte den Unwillen vieler Marshalliesen. Die Volksvertreter begaben sich ohne Zustimmung des Präsidenten, des Außenministers und des Kabinetts nach Beijing, wo sie sich momentan noch aufhalten.

Die Senatoren seien laut ihrer Aussage lediglich auf einem

Freundschaftsbesuch, doch das in den Augen der taiwanesischen Regierung sei dies „ein Schlag ins Gesicht“, so der Präsident der Wirtschaftsvereinigung in Majuro, Jack Niedenthal. Die Marshall-Inseln nahmen 1998 diplomatische Beziehungen mit Taiwan auf und erhalten jährlich über \$US 10 Millionen Entwicklungshilfe. Diese sei nun gefährdet meint Niedenthal. China und Taiwan sind nach einem Bürgerkrieg (1945 – 1949) seit 1949 getrennt und seit dem stetig bestrebt, dem anderen Land die Allianzpartner streitig zu machen, indem sie den Partnern Entwicklungshilfe anbieten. Im Pazifik unterhalten neben den Marshall-Inseln fünf weitere Staaten diplomatische Beziehungen zu Taiwan, während China mit diversen anderen Staaten wie beispielsweise Samoa verbunden ist. (*Radio Australia* 12.06.06, *Pacific Magazine* 21.06.06)

POLYNESIEN

Selbstmordrate in Samoa gesunken!

Samoa's Selbstmordrate ist laut dem Bericht der „International Association of Suicide Prevention“ in den letzten vier Jahren um ein Fünftel gesunken und hat nun mit weniger als 10 Opfern 2005 in etwa den Stand der 1960er Jahren erreicht. Samoa befindet sich damit unter dem weltweiten Durchschnitt, was einen großen Schritt für die kleine Nation bedeutet. 1981 hatte Samoa mit 49 Selbstmordopfern die höchste Rate im Pazifik und die dritthöchste der Welt.

Ofeira Salvao-Mautai, die Direktorin von *Fa'ataua le Ola* (FLO, dt. „Schätze das Leben“), der örtlichen Organisation zur Beratung von Selbstmordgefährdeten, zeigte sich hocherfreut über das Ergebnis. Sie hoffe, das Samoa bzw. sei-

ne Hauptstadt Apia endlich seinen dubiosen Ruf als „Selbstmordhauptstadt des Pazifiks“ verliere. Mit der Unterstützung der Regierung und der Kirchen und durch den öffentlichen Diskurs sei es möglich gewesen, die traurige Realität der vergangenen Jahre zu bewältigen. Gerade junge Männer begingen in der Vergangenheit Selbstmord, da sie dem gesellschaftlichen Druck nicht mehr Stand hielten. Samoas Gesellschaft ist nach dem traditionellen *Matai*-System straff organisiert. Junge Männer ohne einen *Matai*-Titel müssen den Titelträgern dienen und haben selbst so gut wie keine Rechte. Durch den Einfluss der Globalisierung und der modernen Welt finden sich insbesondere Jugendliche häufig „zwischen den Welten“ und sahen in der Vergangenheit meist keinen anderen Ausweg, als sich selbst auf grausame Weise durch die Einnahme des Pestizids Paracad zu vergiften. Durch den eingeschränkten Bezug des Pflanzenschutzmittels und die vermehrte Aufklärungsarbeit konnte nun dieses erfreuliche Ergebnis erzielt werden. Bleibt zu hoffen, dass die Zahlen noch weiter sinken. (www.rnzi.com 25.05.06, *Radio Australia – Pacific Beat* 05.06.06)

Französische Überseeterritorien im Pacific Islands Forum

Am 22. Juni erklärte der französische Minister für Überseeterritorien, François Baroin, dass Neukaledonien und Französisch-Polynesien assoziierte Mitglieder des Pacific Islands Forum werden und Wallis und Futuna als Beobachter beitreten sollen. Das Pacific Islands Forum (gegründet 1971 unter dem Namen South Pacific Forum) hat momentan 16 vollwertige Mitglieder. Voraussetzung ist unter anderem, dass ein Land unabhängig ist. Neukaledonien und Französisch-

Polynesien haben bereits Beobachterstatus und nun Schritte eingeleitet, sich offiziell für den neuen Status als assoziiertes Mitglied zu bewerben.

Frankreich seinerseits möchte seinen Einfluss im Forum bekräftigen. Es ist Mitglied in der „Post-Forum Dialog“ Gruppe, der unter anderem auch die USA, China, die EU und Indien angehören. Durch ihre Präsenz könne die „Grand Nation“ helfen, Projekte durch die EU zu finanzieren, so Baroin. Am 26. Juni werden die Staatsoberhäupter der pazifischen Mitgliedsstaaten des Forums zum Französisch-Ozeanischen Gipfel in Paris erwartet, um die weiteren Schritte zu besprechen. (*Oceania Flash 23.06.06*)

Atomtests- Untersuchungsausschuss legt Abschlußbericht vor

Französisch-Polynesien: Der von der Versammlung Französisch-Polynesiens im letzten Jahr gebildete Untersuchungsausschuss zu den Folgen der oberirdischen französischen Atomtests auf Moruroa und Fangataufa zwischen 1966 und 1974 hat Anfang Februar seinen Abschlußbericht vorgelegt. Unter der Führung der UPLD-Abgeordneten Tea Hirshon in Zusammenarbeit mit dem französischen Friedensaktivisten Bruno Barillot und der Atomtestopfer-Vereinigung *Moruroa e Tatou* sowie internationalen Strahlenexperten hatten Mitglieder des Ausschusses die bewohnten Nachbarinseln der Atomtestatolle besucht und zahlreiche Hinweise auf damals eingetretene Verstrahlungen dokumentiert. In dem über 400-seitigen Bericht werden neben einer Auflistung all dieser Anhaltspunkte Empfehlungen gegeben, wie die Landesregierung und der französische Staat in Zukunft effektiv zu-

sammenarbeiten könnten, um die Problematik der oberirdischen Atomtests vollständig aufzuarbeiten. Neben finanzieller Entschädigung für die Strahlenopfer wird die vollständige Öffnung der Militärarchive gefordert. Die Präsentation des Berichts führte zu heftigen Debatten in der Versammlung. Während die Fraktion der regierenden UPLD den Bericht einstimmig annahm, kritisierte ihn die Opposition unter Ex-Präsident Flosse als einseitig und polemisch. (*Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: Tahitipresse*)

Präsident bekräftigt Willen zur Unabhängigkeit

Französisch-Polynesien: In einem Interview mit der auf Rarotonga erscheinenden Wochenzeitung „Cook Islands Herald“ hat der Präsident Französisch-Polynesiens Oscar Temaru Mitte März seinen Willen bekräftigt, das Territorium so schnell wie möglich in die Unabhängigkeit von Frankreich zu führen. Temaru sagte den Reportern, er wüsste nicht, wer oder was „Französisch-Polynesien“ sei und möchte in Zukunft nur noch „Präsident von Tahiti Nui“ (Groß-Tahiti) genannt werden. Bei einem Besuch auf der südlich von Tahiti gelegenen Insel Tubuai sagte Temaru einige Wochen später, so lange das Land Teil der französischen Republik sei, wäre ein wirtschaftlicher Aufbau nicht möglich, da Frankreich diesen blockiere. (*Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: Cook Islands Herald; Tahitipresse*)

Temaru übersteht neuen Umsturzversuch

Französisch-Polynesien: Eine Gruppierung von Oppositionspolitikern hat erneut versucht, die Landesregierung unter Präsident Oscar Temaru zu stürzen. Zwei seiner Minister,

Hiro Tefaarere (Kleinunternehmen und Bodenschätze) und Emile Vernaudon (Post, Telekommunikation und Sport) waren von ihren Ämtern zurückgetreten und hatten sich an mit der Tahoeraa-Partei von Ex-Präsident Flosse sowie einer kleinen politischen Splittergruppe zusammengetan, um eine neue Mehrheit in der Versammlung zu bilden. Die neue Koalition, die eine knappe Mehrheit in der Versammlung gestellt hätte, verständigte sich darauf, den Bürgermeister der Insel Bora-Bora, Gaston Tong Sang (Tahoeraa) zum Präsidenten der Versammlung und nach einem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen Temaru Vernaudon, (der erst in Januar zu einer Bewährungsstrafe wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder verurteilt worden war) zum Präsidenten des Landes zu wählen. Zunächst wurde am 13. April der Präsident der Versammlung Französisch-Polynesiens turnusgemäß neugewählt. In der geheimen Abstimmung gewann überraschend der politisch neutrale Abgeordnete Philip Schyle, mit 29 Stimmen gegen 28 für Geros und null für Tong Sang. Offensichtlich hatte also die Opposition für Schyle gestimmt. Letzterer spielte allerdings deren Spiel nicht mit. Er verkündete, dass er denen, die für ihn gestimmt hatten, überhaupt nichts schulde und sich als Versammlungspräsident für alle Abgeordneten sieht. Er kündigte auch an, nicht für einen Misstrauensantrag gegen Temaru zu stimmen.

Wenige Tage später, vor der geplanten Neuwahl des Versammlungspräsidiums, rief Präsident Temaru zu einer Pressekonferenz, bei der er eine Kabinettsumbildung ankündigte. Mehrere Bürgermeister der Tuamotu-Inseln sowie der äußeren Distrikte Tahitis, die bislang enge Verbündete von Emile Vernaudon waren und erst ein paar Tage zuvor die

Erklärung zum Sturz Temarus unterzeichnet hatten, kündigten an, Temarus Regierung beizutreten, entweder als Minister oder Abgeordnete in der UPLD. Die UPLD hat seitdem wieder eine Mehrheit von 30 Sitzen in der Versammlung, gegen 25 für die Opposition und zwei für die neutrale Gruppe. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: Tahiti-presse)

Königlicher Traditionsrat gründet Landtribunal

Französisch-Polynesien: Der von Nachfahren der Adelsfamilien Französisch-Polynesiens im vorigen Jahr gegründete Königliche Traditionsrat hat in einer Zeremonie am 6. Mai in Tautira auf Tahiti ein traditionelles Landtribunal eingesetzt. Diese Institution, angelehnt an den *To'ohitu* (Rat der Sieben) aus der Zeit des tahitischen Königreichs (1819-1880) soll dazu dienen, Klagen tahitischer Familien gegen die illegitime Aneignung ihres Landes durch Frankreich zu bearbeiten. Joinville Pomare, Thronfolger der tahitischen Königsfamilie und Vorsitzender des Königlichen Traditionsrates, meinte, es sei an der Zeit, die Landrechtsverletzungen durch Frankreich und die Landesregierung Französisch-Polynesiens anzuklagen und zu korrigieren. Das französische Hochkommissariat in Papeete erklärte in einer öffentlichen Stellungnahme, das Tribunal habe keinerlei juristischen Wert, und niemand solle sich davon irreleiten lassen. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: Tahitipresse)

Pläne für ein Autonomiestatut offiziell eingereicht

Rapa Nui (Osterinsel): Eine Gruppe chilenischer Politiker hat nach mehrjähriger Diskussion mit den lokalen Autoritäten der Insel im August 2005 einen Vorschlag für einen zukünftigen

politischen Sonderstatus der Osterinsel vorgelegt. Die Vorlage sieht vor, die Insel, die bislang Teil der chilenischen Region Valparaiso ist, aus dem chilenischen Verwaltungssystem auszugliedern und in ein überseeisches Spezialterritorium umzuwandeln. Damit soll die Verwaltung vereinfacht und den Bedürfnissen der Inselbewohner besser angepasst werden. Außerdem soll die Einwanderung von chilenischen Siedlern eingeschränkt und das vom chilenischen Staat kontrollierte Land an die Inselgemeinschaft zurückgegeben werden. Zunächst müssen dafür einige Passagen der chilenischen Verfassung geändert werden, bevor die Vorlage vom Kongress als Verwaltungsgesetz beschlossen werden kann, was im Laufe des Jahres 2006 geschehen soll. Vertreter des für die Unabhängigkeit eintretenden Rapanui-Parlaments protestierten gegen die Vorlage und beklagten, dass letztere nicht in öffentlichen Debatten, sondern hinter verschlossenen Türen zwischen der chilenischen Regierung und wenigen Inselpolitikern ausgehandelt worden sei. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: Infobroschüre der chilenischen Regierung; Te Rapa Nui <http://www.islandheritage.org>; <http://www.iorana.net>)

Proteste gegen geplantes Kasino

Rapa Nui (Osterinsel): Pläne eines chilenischen Konzerns, auf Rapa Nui ein Kasino zu bauen, haben zu starken Protesten von Teilen der Inselbevölkerung geführt. Während einige einheimische Tourismusunternehmer sowie der Bürgermeister der Insel Petero Edmunds das Projekt als potentielle Einnahmequelle unterstützen, protestierten diverse andere Insulaner, unter anderem Gouverneur Enrique Pakarati, sowie zahlreiche politische Aktivisten, gegen die Pläne, da

sie eine Überschwemmung der Insel durch den Massentourismus und damit die Zerstörung ihrer einzigartigen Kultur befürchten. Ende 2005 wurde das Projekt aufgrund dieser Proteste zunächst auf Eis gelegt, in abgeänderter Form aber Anfang 2006 erneut präsentiert. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: *The Santiago Times* <http://www.santiagotimes.cl>)

Neue Gouverneurin für Rapa Nui

Rapa Nui (Osterinsel): Die neugewählte chilenische Präsidentin Michelle Bachelet hat Anfang März Carolina Hotu zur neuen Gouverneurin der Insel Rapa Nui ernannt. Hotu, die die Nachfolge von Enrique Pakarati antritt, ist die erste Frau in diesem Amt. Sie ist die Tochter von German Hotu (1925-2003), einem langjährigen politischen Aktivisten für die Rechte der Inselbewohner. Vor ihrer Ernennung zur Gouverneurin diente Hotu als Direktorin des Amts für Frauenentwicklung auf der Insel und war Mitglied der Partei des Bürgermeisters Petero Edmunds. Hotu hat ihre volle Unterstützung für das geplante Autonomiestatut sowie eine Verbesserung der Infrastruktur und des Gesundheitswesens angekündigt. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: *Te Rapa Nui* <http://www.islandheritage.org>; <http://www.iorana.net>)

HAWAII

Kontroverse um Objekte aus einer Grabhöhle

Ein US-Gericht entschied Ende 2005, dass Mitglieder der hawaiischen Grabrepatriierungsorganisation *Hui Mālama* mehrere historische Kunstobjekte an das Bishop-Museum in Honolulu zurückgeben müssen,

die ihnen im Jahre 2000 von dem Museum ausgeliehen worden waren. Die Objekte stammen aus einer Grabhöhle auf der großen Insel Hawai'i und waren von einem Grabräuber 1905 an das Bishop-Museum verkauft worden. Nach Meinung der Mitglieder von *Hui M_lama* handelt es sich dabei um *Moep_* (Grabbeigaben), die deshalb von ihnen in die Höhle zurückgebracht wurden, um die Totenruhe wiederherzustellen. Der Vorsitzende der Vereinigung, Halealoha Ayau, der als einziger den versiegelten Eingang der Höhle kennt, weigerte sich, dem Gerichtsurteil folge zu leisten, da er es von seinen religiösen Überzeugungen her nicht verantworten könne, erneut einen Grabraub zu begehen. Er wurde deswegen Ende Dezember drei Wochen lang in Beugehaft genommen, Mitte Januar aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Während viele hawaiische Aktivisten sich mit Ayau solidarisierten und ihn als religiös verfolgten politischen Gefangenen sahen, stehen mehrere andere hawaiische Aktivisten in diesem Rechtsstreit auf der Seite des Museums. Ihrer Meinung nach sind die strittigen Objekte keine Grabbeigaben, sondern wurden zu Beginn des 19. Jh. von Anhängern der alten Religion in der Grabhöhle versteckt, um der Zerstörung durch christianisierte Hawaiier zu entgehen, und heute in einem Museum besser aufgehoben wären. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Honolulu Advertiser; Honolulu Star-Bulletin)

Vandalismus gegen religiöse Schreine

Im Februar wurden in Hawai'i zwei bedeutende religiöse Schreine von Unbekannten geschändet. Ein hölzernes *Lele* (Opfergerüst) auf dem Gipfel des über 4.200 m hohen Mauna Kea, dem heiligen höchsten

Berg des Archipels, wurde umgesägt. Etwa zur gleichen Zeit wurde der steinerne *Ahu* (Altar) vor dem 'Iolani-Palast in der Altstadt von Honolulu, der 1993 im Zuge der Gedenkfeiern zum hundertsten Jahrestag der US-Invasion errichtet worden war, niedergerissen und die Bausteine auf dem Palastgelände verstreut. Nach der polizeilichen Spurensicherung bauten Freiwillige den Altar in wenigen Stunden wieder auf und weihten ihn erneut ein. Als Urheber der bislang nicht aufgeklärten Schändungen werden Gegner der hawaiischen Unabhängigkeitsbewegung oder christliche Fundamentalisten vermutet. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Honolulu Advertiser; Honolulu Star-Bulletin)

Unwetter führen zu Katastrophen und Wasserverschmutzungen

Ungewöhnlich starke Regenfälle in den ersten vier Monaten dieses Jahres haben in Hawai'i zu mehreren Natur- und Umweltkatastrophen geführt. Ende Februar brach auf der Insel Kaua'i der Damm eines Stausees. Die sich in das Tal ergießenden Wassermassen begruben zahlreiche Häuser unter sich. Mehrere Personen kamen ums Leben. Ende März brachten erneute sintflutartige Regenfälle das Kanalisationssystem der Hauptinsel O'ahu zum Überlaufen, woraufhin die Stadtverwaltung von Honolulu die Notschleusen des Abwassersystems öffnete, um eine Verschmutzung der gesamten Stadt zu verhindern. Über 150 Millionen Liter ungeklärtes Abwasser wurden damit in den Ala Wai-Kanal geleitet und ergossen sich vor dem Touristenviertel Waik_k_ ins Meer, so dass die Strände der Südküste wochenlang wegen lebensgefährlicher Konzentration von Bakterien im Meerwasser gesperrt werden mussten. Ein Mann verstarb an einer selte-

nen Bakterieninfektion, nachdem er in den Ala Wai-Kanal gefallen war, und mehrere Touristen, die das Badeverbot missachtet hatten, erkrankten. Experten meinten, dass es mehrere Monate brauchen werde, bis sich die Küstengewässer vollständig gereinigt hätten, so dass man wieder ungefährdet baden gehen könne. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quellen: Honolulu Advertiser; Honolulu Star-Bulletin)

Proteste gegen Patentierung von genmanipuliertem Taro

Zahlreiche hawaiische Aktivisten, darunter mehrere Professoren, haben Mitte Mai vor dem Verwaltungsgebäude der Universität von Hawai'i gegen die genetische Manipulation von Taro und dessen Patentierung durch die Universität protestiert. Ziel der Forschungen ist es, Taro-pflanzen herzustellen, die gegen bestimmte in Hawai'i grassierende Pflanzenkrankheiten resistent sind. Viele Hawaiier lehnen aber solche Forschungen rigoros ab, da die Taro-pflanze dem hawaiischen Volk heilig ist und als der ältere Bruder des Menschen gilt. Taro genetisch zu manipulieren käme der Manipulation ihres Stammbaumes gleich, sagten mehrere der Protestierenden. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: Honolulu Advertiser, Honolulu Star Bulletin)

AUSTRALIEN

Angespanntes Verhältnis zwischen Jakarta und Canberra

Nachdem die australische Regierung 42 Papuas eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung erteilt hatte und sich das Verhältnis zwischen

Jakarta und Canberra deutlich abkühlte, beginnen sich die Spannungen zwischen beiden Ländern langsam zu legen.

Im Januar landeten 43 Papuas in einem 25 Meter langen Kanu an der Nordküste Australiens. Sie flohen vor politischer Verfolgung durch die indonesische Regierung und bezichtigten diese des Völkermordes. Nach ihrer Festnahme durch den australischen Grenzschutz beantragten die Papuas sofort politisches Asyl und wurden nach Christmas Island geflogen. Das zu Australien gehörende Territory of Christmas Island gilt im Rahmen der „Pacific Solution“ nicht als Einwanderungszone Australiens, da in der Vergangenheit viele Asylsuchende (z.B. „Tampa-Affaire“ 2001) mit ihren Booten auf Christmas Island landeten. Seit letztem Jahr ist die australische Einwanderungsbehörde dabei, ein "Immigration Reception and Processing Centre" einzurichten.

Jakarta wies die Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen entschieden zurück und warnte die australische Regierung davor, den Papuas politisches Asyl zu gewähren. Mit der Anerkennung dieses Status würde die australische Regierung die Menschenrechtsverletzungen Indonesiens anerkennen. Im März jedoch gewährte die australische Regierung 42 Papuas der Gruppe Asyl. Die zeitlich begrenzten Visa können nach drei Jahren erneuert werden und erteilen dem Einwanderer eine Arbeitserlaubnis. Dies führte zu einem gespannten Verhältnis zwischen den Regierungen in Jakarta und Canberra, das so weit gingen, dass der indonesische Botschafter, Hamzah Thayeb, aus Australien abberufen wurde. Verhandlungen über eine gemeinsame Sicherheitspolitik wurden ausgesetzt. Bereits der Einsatz australischer Truppen im Irak 2003 stieß bei vielen Indonesiern auf Missgunst, denn der

Einsatz wird von vielen als bewusste Unterdrückung ihrer Glaubensbrüder gesehen.

Anfang Mai erreichten erneut drei Papuas die australische Küste, doch haben sie keine Aussicht auf Visa. Um die Wogen zu glätten, trafen sich Mitte Mai der indonesische Außenminister Hassan Wirajuda und sein australisches Gegenstück, Alexander Downer, in Singapur. Hier wurden erneut Verhandlungen über Terrorismusbekämpfung und eine pazifischen Sicherheitspolitik aufgenommen. Eine Kooperation zwischen der „Australian Defence Force“ und dem Indonesischen Militär soll jedoch eine Vertragsklausel enthalten, die garantiert, dass sich beide Regierungen nicht in die internen Angelegenheiten des anderen Landes einmischen. Für die australische Regierung stelle das kein Problem dar, so Downer. In der Opposition Australiens sowie in anderen Gruppen rühren sich jedoch Proteste gegen den geplanten Sicherheitsvertrag. Die Klausel würde die rechtmäßige Eingliederung Papuas in Indonesien anerkennen, was zur Folge hätte, dass in den Augen Canberras Papuas Ansprüche auf Unabhängigkeit als ungerechtfertigt angesehen werden müssten. Im Zweifelsfall könnte der Militärpakt für Australien auch bedeuten, dass es Indonesien bei der Verfolgung „abtrünniger“ Papuas unterstützen müsste, so Joe Collins von der „Australia West Papua Association“ (AWPA).

In den nächsten Wochen soll ein Treffen zwischen dem australischen Premierminister John Howard und seinem indonesischen Amtskollegen, Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, stattfinden. Am 12. Juni ist der indonesische Botschafter Hamzah Thayeb wieder in Canberra eingetroffen. Ihm wird eine Delegation des indonesischen Parlaments folgen, um die an-

gespannten Beziehung zwischen beiden Ländern vor Ort zu diskutieren. (*E-Informationsbrief Nr. 169 des West-Papua-Netzwerks, BBC NEWS 07.04.06, The Australian 10.04.06, 12.06.06, Radio Australia – Asia Pacific 11.05.06, 19.05.06, ABC NEWS 16.05.06., ASAP 21.05.06, www.rnzi.com 22.05.06*)

Gewalt in Aborigine Camp nimmt überhand

Laut Berichten der Staatsanwaltschaft des Northern Territory ist Gewalt gegen Frauen und Kinder in vielen Aborigine Camps üblich. Vergewaltigungen von Kleinkindern seien keine Seltenheit. Unbemerkt geschehen besonders in abgelegenen Gebieten ungeheuer Straftaten, so Staatsanwältin Dr. Nanette Rogers.

In der größten indigenen Gemeinschaft des Northern Territory, Wadeye, einer ehemaligen Mission der röm.-kath. Kirche, trauen sich die meisten Menschen nicht mehr auf die Straße. Im letzten Monat nahmen die Konflikte zwischen den rivalisierenden Gangs „The Evil Warriors“ und den „Judas Priests“ derart überhand, dass eine Zeitung schrieb, dass die Gemeinde „Australia's first war zone“ geworden sei. Duzende wurden verhaftet. Die australische Regierung überlegt nun, wie sie die Verhältnisse stabilisieren kann.

Die Mordrate Zentralaustraliens ist 10 Mal höher als der nationale Durchschnitt. Grund für das Ausmaß an Gewalt sind besonders die hohe Arbeitslosigkeit, Langeweile sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch. Mehr als 400.000 Aborigines leben in ärmlichen Verhältnissen. Um die Gewalt einzudämmen, müssten sich daher zuerst die Lebensumstände der Aborigines ändern. (*BBC NEWS 16.05.06, 23.05.06, 25.05.06, The Associated Press 14.05.06*)

Baby Boom in Australien

Australien kann für das Jahr 2005 auf 261.400 Geburten zurückschauen, der höchsten Geburtenrate seit 1992. Wie in Deutschland so wurden auch in Australien in den letzten Jahren zu wenig Kinder geboren. Um einer „Vergreisung“ der Gesellschaft vorzubeugen gewährte die australische Regierung Steuererleichterungen und andere Vergütungen für nicht arbeitende Paare. Finanzminister Peter Costello rief für die Kampagne das Motto „*have one for mum, one for dad, and one for the country*“ aus. Ein weiterer Grund für den Geburtenanstieg, so Costello, sei das wachsende Vertrauen in die australische Wirtschaft und eine gesicherte Zukunft. Australien kann sich freuen, denn in Japan sank die durchschnittliche Geburtenrate im letzten Jahr beispielsweise auf ein Rekordtief von 1,25 Kindern. In Deutschland lag sie bei 1,36. (BBC NEWS 02.06.05, <http://de.wikipedia.org/wiki/Demografie>)

Eisenerz Queen wird erste weibliche Milliardärin Australiens

Die 52-jährige Gina Rinehart ist Australiens erste weibliche Milliardärin, nachdem ihr Vermögen im letzten Jahr auf A\$ 1,8 Milliarden anstieg. Rinehart war bereits davor Australiens reichste Frau, doch nun befindet sie sich im Klub der Millionäre auf Rang 8 der reichsten Personen Australiens. Rinehart übernahm das verschuldete Unternehmen ihres vor 14 Jahren verstorbenen Vaters Lang Hancock. Dieser entdeckte 1952 das weltweit größte Eisenerzvorkommen in der westaustralischen Pilbara Region. Durch das Leasing ihres enormen Besitzes an Eisenerzaktien an beispielsweise das riesige Bergbauunternehmen Rio Tinto vermehrte sich ihr Besitz immer weiter. Der Wert ihrer

Hope Downs Mine in der Pilbara Region, die im nächsten Jahr in Betrieb genommen werden soll, hat sich im vergangenen Jahr in etwa auf A\$ 1 Milliarde erhöht. (The National 18.05.06, www.theage.com.au 17.05.06)

NEUSEELAND

Wahlen in Neuseeland: M_ori-Partei gewinnt vier Sitze

Bei den Parlamentswahlen vom 17. September 2005 hat die für die Interessen der Ureinwohner eintretende M_ori-Partei vier der sieben für M_ori reservierten Direktmandate gewonnen, darunter die ehemalige Labour-Abgeordnete Tariana Turia, der Radiojournalist und Aktivist Hone Harawira und der Professor Pita Sharples. Der Zweitstimmenanteil der Partei war dagegen nicht ausreichend um weitere Sitze zu erwerben. Die Partei war im vorigen Jahr von zahlreichen von der Labour-Regierung enttäuschten politischen Aktivisten gegründet worden. Insgesamt wurden die Wahlen knapp von der regierenden Labour-Partei mit 50 Sitzen gewonnen, gegen 49 für die konservative National Party, 7 für die rechtspopulistische New Zealand First Party, 6 für die Grünen, 3 für die konservative United Future, zwei für die rechtsliberale ACT-Partei, und einer für die linke Progressive Party. (Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu, Quelle: New Zealand Herald)

„TOK BLONG PASIFIK“ PAZIFISCHER ALLTAG

„Socceroos“ gehen in die Geschichte Australiens ein

Australien/Deutschland: Australiens Nationalelf verpasste am 26. Juni nur um Haarsbreite den Einzug in das Viertelfinale der Fußballweltmeisterschaft. Erst in der 93. Minute entschied das italienische Team mit einem umstrittenen Foul-Elfmeter das Spiel für sich und schickte die Australier zurück nach „Down Under“.

Was keiner so recht glauben wollte wurde Realität: Die „Socceroos“ standen im Achtelfinale der Fußball-Weltmeisterschaft und das, obwohl das Team zuvor noch kein Spiel bei einer Weltmeisterschaft gewonnen hatte. Das letzte Mal war das Team bei der WM 1974 in Deutschland dabei, schied jedoch in der Vorrunde aus. Nun findet die WM wieder in Deutschland statt, doch die Australier machten es diesmal besser. Als Außenseiter der Gruppe F haben sich die Jungs aus „Down Under“ wacker geschlagen. Schon beim ersten Spiel gegen Japan schien es, als ob sie den Asiaten unterlegen wären, doch in letzter Minute drehte sich das Spiel noch von einem 0:1 zu einem 3:1 Stand. Auch im Spiel gegen Brasilien ließ die australische Nationalelf nicht locker und hielt bis zur Halbzeit einen 0:0 Stand, der aber von den Brasilianern noch zu einem 2:0 umgewandelt wurde. Spannend war auch das Spiel gegen Kroatien, in dem die Kroaten jeweils mit einem Tor vorlegten und die Australier im Anschluss ausglich. Harry Kewell schoss in der 78. Minute das

Tor zum 2:2, was auch der Endstand des Spiels blieb und damit die Australier mit insgesamt 4 Punkten und 5:5 Toren als zweiter Gruppensieger ins Achtelfinale einziehen ließ.

Nach 32 Jahren hatte sich das australische Nationalteam wieder für eine Fußball WM qualifiziert. Souverän behaupteten sich die „Socceroos“ um Trainer Guus Hiddink in der Qualifikationsrunde der OFC (Oceania Football Confederation) gegen Ihre Kontrahenten aus Neuseeland, von den Salomon-Inseln, Vanuatu, Tahiti und Fidschi. Allein die Salomon-Inseln, die zuvor Neuseeland aus dem Rennen warfen, sorgten für einen Punktverlust des australischen Teams, da sie sich von den Spielern in ihren grün-goldenen Trikots im letzten Spiel der Qualifikationsrunde 2:2 trennten. Damit bestätigten die „Aussies“ ihren ersten Platz und die Salomon-Inseln errangen den zweiten Platz der Qualifikationsrunde.

Das 23-köpfige WM-Team residierte während seines Aufenthaltes im Wald- und Schlosshotel Friedrichsruhe im fränkischen Landkreis Hohenlohe. Unter ihnen waren u.a. Michael Beauchamp, der in der letzten Saison für den australischen A-League-Verein Central Coast Mariners spielte und der ehemalige Spieler vom 1. FC Dynamo Dresden, Joshua Kennedy. Beide werden in der Saison 2006/2007 zum 1. FC Nürnberg wechseln. Ein dritter Australier, Dean Heffernan (letzte Saison bei den Central Coast Mariners), wird ab der neuen Saison ebenfalls beim Club spielen. (<http://fussballportal.de>, <http://www.fifa.com>, <http://www.oehringen.de>, <http://www.wikipedia.org>, <http://sport.ard.de>)

Mit „Litti“ zum Sieg

Australien: Unter Trainer Pierre „Litti“ Littbarski gewann der

Fußballverein Sydney FC im März den Meistertitel in der ersten Saison der australischen A-League. Die höchste australische Spielklasse wurde erst im vergangenen Jahr ins Leben gerufen und wird nach dem Sponsor auch als „Hyundai A-League“ bezeichnet. Die Liga umfasst acht Mannschaften, wobei neben sieben australischen auch eine neuseeländische Mannschaft, die „New Zealand Knights“, teilnimmt. Bevor der Sydney FC diesen historischen Sieg errang, musste sich der Club mit Rang zwei hinter Adelaide United zufrieden geben. Beim großen Finalespiel konnte sich die Mannschaft unter Pierre Littbarski gegen die Central Coast Mariners durchsetzen. Kapitän des Sydney FC ist Dwight York, der nicht nur als bester Fußballer aller Zeiten des Inselstaates Trinidad und Tobago gilt, sondern auch von 1998 bis 2002 bei Manchester United spielte. Er und „Litti“ waren maßgeblich am Erfolg der Gründung der australischen Profiligen beteiligt. Besuchten früher vielleicht gerade einmal 4.000 Menschen ein Stadion, so sind es heute im Durchschnitt 11.000, in Sydney sogar bis zu 16.000. Trotz dieser Erfolgsstory trennte sich Littbarski im Mai vom Sydney FC, da sich Verein und Trainer nicht einig wurden. (<http://www.fussball24.de>, <http://www.wikipedia.org>)

Band aus Vanuatu veröffentlicht Album in Europa

Vanuatu: Zum ersten Mal in der Geschichte von Vanuatus Musikindustrie veröffentlicht eine lokale Band ein Album in Europa. Die „Sunshiners“ bestehen aus sieben Musikern, inklusive den vier Frontsängern Ben Siro, Jake Moses, John Thomas und George Iavinia. Momentan befinden sie sich auf einer Tournee durch Europa, wo sie bereits in Frankreich ein exklusives Konzert gaben und

Anfang Juni ihren offiziellen Tourstart in der Schweiz hatten. Es folgen Konzerte in Spanien, Italien, Belgien, England, Kanada (beim Quebec Summer Festival), Japan und auch Deutschland wird die Band besuchen. Erst im September wird die Gruppe wieder im Pazifik sein. Dort werden sie im Dezember ihr erstes „ozeanisches“ Konzert in Neukaledonien geben. (www.vanuatudaily.com 16.05.06, <http://furtherarts.org>)

Richards und die Palme

Fidschi: Rolling Stones Gitarrist Keith Richards stürzte während eines Urlaubs auf Fidschis Wakaya Island von einer Palme und musste anschließend zur Beobachtung in ein Krankenhaus nach Neuseeland geflogen werden. Zusammen mit seinem Kollegen Ron Wood wollte der 62-jährige Kokosnüsse pflücken und stürzte dabei 5 Meter in die Tiefe. Aus einer zuerst vermuteten Gehirnerschütterung wurden mehrere Wochen Krankenhausaufenthalt, da Richards operiert werden musste. Der Sturz war schlimmer als gedacht, denn als die Kopfschmerzen nicht aufhörten wurde eine Hirnblutung festgestellt und sein Schädel musste aufgebohrt werden. Mittlerweile sei er aber wieder völlig hergestellt auch wenn er eine Narbe von der Sache davonträgt. Aufgrund der Verletzung musste die Tournee der Rolling Stones um sechs Wochen verschoben werden, sodass einige der Konzerte in Deutschland ausfallen mussten. Die Tour beginnt nun am 11. Juli in Mailand. (www.fijilive.com 04.05.06, www.abc.net.au 13.05.06)

Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion:** Katja Göbel

Kirchliche Nachrichten: Pfr.
Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint
vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für
die Partnerkirchen im Pazifik auf
das Konto 10 11 111, BLZ 760
605 61 bei der ACREDOBANK eG
in Nürnberg**

Quellen:

• epd • Jakarta Post • National •
National Geographic • Oceania
Flash /Flash d'Océanie • Pacific
Beat • Pacific Islands Report (PIR)
• Pacific Magazine • Pacific News
Bulletin (PNB) • Pacific Nius • Post
Courier • Radio Australia, New
Zealand • Sydney Morning Herald
(SMH) • Tahitipresse • taz • The
Lutheran • Wantok •

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE



Missionswerk
der Evang.-Luth. Kirche
in Bayern
Christsein und Tun!

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120